

1€ Ich-bin-sauarm-Preis: 0,50€
Pepp-für-pünktliche-Publikationen-Preis: 100€

3. Ausgabe | 2016

Zeitung von

REVOLUTION

www.onesolutionrevolution.de

Jugend gegen Rassismus

Wie kommen wir zu einer Jugendbewegung gegen Rassismus, Sexismus und Kapitalismus?

Frankreich:

Aufstände & Generalstreik

Ausführliche Analyse über die „Nuit Debout“ Bewegung von einem französischen Liga-Genossen

We are (the) REVOLUTION

Die Zeitung, die du in deinen Händen hältst, wird regelmäßig von Jugendlichen zu unterschiedlichen Themen herausgebracht. Diese Gruppe von Jugendlichen nennt sich genau wie die Zeitung - REVOLUTION. Wir sind eine internationale kommunistische Jugendorganisation, die engagierte Jugendliche auf zwei Kontinenten organisiert.

Wir haben ein gemeinsames Programm, das wir uns selbst erarbeitet haben. Wir sind offen für jede Diskussion, aber wir stehen geschlossen hinter unseren Aktionen. Wie unser Name sagt, sind wir für die Revolution, für den Kommunismus. Eine gerechte und befreite Gesellschaft kann nur entstehen, indem der Kapitalismus von denen, die er unterdrückt, zerschlagen wird. Und der Kampf dafür beginnt jetzt, in konkreten Kämpfen, wie im Kampf der Refugees für volle Bürgerrechte oder Seite an Seite mit Arbeiter_innen aus aller Welt.

Wir haben wöchentliche Ortsgruppentreffen, auf denen wir gemeinsam diskutieren und Aktionen planen. Wir gehen auf Demonstrationen, unterstützen Streiks und bringen Flugblätter und eine Zeitung heraus, um neue Jugendliche und junge ArbeiterInnen für unsere Ideen zu gewinnen. Wenn du unsere Ideen unterstützt, dann werde aktiv, organisiere dich gemeinsam mit uns!

Auch in deiner Stadt

Berlin | Bonn | Dresden | Frankfurt a.M.
Freiburg | Fulda | Hof | Karlsruhe
Kassel | Leipzig | München | Oldenburg
Potsdam | Stuttgart | Zülpich | Hamburg

Ortsgruppentreffen

Berlin | A17 | Admiralsstr. 17
jeden 1. und 3. Dienstag | 17^{00} Uhr
jeden 2. und 4. Dienstag| 18^{00} Uhr
Kassel | jeden Mittwoch| 18^{30} Uhr
Schlachthof | R113
Fulda | jeden Dienstag | 18^{00} Uhr
Büro Die LINKE | Heinrichstraße 81
Bonn | Jeden zweiten Dienstag | 17^{00} Uhr
Ort auf Anfrage
Stuttgart | jeden Mittwoch | 18^{30} Uhr
Kolchose Ost | Wagenburgstraße 77
Leipzig | jeden Freitag | 18^{00} Uhr
Libelle | Kolonnadenstr. 19
Dresden | jeden Dienstag | 18^{00} Uhr
in der Kamenzer Straße 38

Redaktion: Katherina Singh, Lars Keller, Ben Zimmer, Flo Wasser, Rawija Awerjanow, Friedolin Erhard, Christian Gebhardt

Inhalt

Der Name ist Programm:

Hier in dieser Zeitung erfährst du nur einige Punkte und Positionen unserer Politik. Sie alle basieren auf unserem Programm, welches unsere heutige Situation mit dem Kampf um eine sozialistische Revolution verbindet. Allen Jugendlichen innerhalb der Sozialdemokratie, sowie in der radikalen Linken, wollen wir mit diesem Programm einen Diskussionsvorschlag bieten für den Aufbau einer tatsächlich revolutionären, unabhängigen Jugendorganisation – einer neuen Jugendinternationale. Wir fordern euch auf, es mit uns zu diskutieren und aktiv in die kommenden Auseinandersetzungen in der Krise zu tragen.

Kontakt:

www.**onesolutionrevolution**.de
f /onesolutionrevolution.germany
germany@onesolutionrevolution.de

kommende Termine

Revolutionärer Marxismus | 23.-28. August | Sommercamp/ Schulung von GAM / AST / REVOLUTION

V.i.S.d.P. Lukas Berrens, Heerweg 2, 2538 Meppen

Sexuelle Unterdrückung: LGBTIA als Fluchtursache

SOPHIE AMECKE, FRAUENZEITUNG NR. 4, ARBEITERINNENMACHT/REVOLUTION, 2016

Homosexualität steht in ca. 70 Ländern unter Strafe. Diese reichen von Geldstrafen über lebenslange Haft bis zu Todesstrafen. Die Todesstrafe auf Homosexualität gilt im Iran, Katar, Sudan und Saudi-Arabien, im Jemen und in Mauretanien nur für Männer und in Somalia und Nigeria nur in bestimmten Gegenden.

Doch auch in Staaten, wo Homosexualität legal ist, wie in Russland oder den Balkanstaaten, werden LGBTIA-Personen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Inter-, Asexual) oft wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Auch Misshandlung und gewaltsame Übergriffe sind an der Tagesordnung.

Das sind Gründe, die die Menschen dazu bewegen, aus ihrem Herkunftsland zu flüchten. Sie hoffen, in anderen Ländern in Frieden und ohne Angst leben zu können. Doch oft bietet die Flucht nicht das, was sich viele erhoffen. Sie sind der Homophobie anderer Flüchtlinge ausgesetzt und müssen ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität verbergen. Dies ist besonders in den Sammelunterkünften mit Gemeinschaftsduschen und Gruppenschlafräumen sehr schwierig und die Betroffenen sind dauerhaftem Stress ausgesetzt.

Oft sind sie erneut von Gewalttaten betroffen. Ausreichend soziale und psychische Betreuung ist nicht gegeben.

Eine dezentrale Unterbringung mit gesonderten Unterkünften wäre wünschenswert, um den nötigen Schutz zu gewährleisten. Berlin ist diesbezüglich ein Vorreiter, aber leider auch eine Ausnahme. Bis Mitte Februar ist ein LGBTIA- Flüchtlingsheim mit 120 Plätzen in Planung. Bisher steht allerdings noch kein Gebäude zur Verfügung. Weder Mietvertrag noch der Betreibervertrag mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) waren indes bis zum 31.1.2016 unterschrieben. Die Unterbringung ist besonders wichtig, da sich Asylanträge über Jahre hinweg hinziehen können. Das Berliner Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) berichtet von 95 seinen Mitarbeiter_Innen bekannt gewordenen Fällen verbaler, körperlicher oder sexualisierter Attacken. Zudem habe es seit April bei 19 von 34 Ämterbegleitungen Beleidigungen durch Dolmetscher_Innen oder Wachpersonal gegeben. LesMigraS, der Antidiskriminierungsbereich der Berliner Lesbenberatung, erklärt, dass handfeste „*körperliche* Gewalt in den Heimen eher selten“ sei. In den Unterkünften herrsche eine „*Atmosphäre* der Resignation“. Saideh Saadat-Lendle von LesMigraS schildert den Fall eines jungen homosexuellen Afrikaners, der in der Unterkunft befummelt und verhöhnt worden sei.

Er erduldete diese Übergriffe aus Angst, dass seine Familie von der Homosexualität erfahren könne. „*Ein* Transmann, also eine Frau, die körperlich ein Mann werden wolle“, wollte sich aus Angst, in der Unterkunft angegangen zu werden, umbringen, weil die vor der Flucht nach Deutschland begonnene Hormontherapie hier abgesetzt wurde - aus Gründen, die dem bürokratischen Asylverfahren geschuldet sind, wie u.a. dem eingeschränkten Zugang zum deutschen Gesundheitswesen (ND, 1.2.2016).

Die Bewilligung des Antrags ist dann eine Einzelfallentscheidung, die oft sehr willkürlich ausfällt. Verfolgung aufgrund der sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität ist zwar ein Grund für Asyl, die bloße strafrechtliche Verfolgung auf dem Papier in dem jeweiligen Land reicht jedoch nicht aus. Die Antragsteller_Innen müssen nachweisen, dass sie auch abweichend von der allgemeinen Lage verfolgt wurden. Doch das glaubwürdig zu beweisen ist nicht leicht, wenn in ihren Herkunftsländern LGBTIA-Begehren und LGBTIA-Identitäten sowie der offene Umgang damit tabuisiert sind. Oft wird ihnen unterstellt, die Unwahrheit zu sagen, um ihre Chancen auf Asyl zu erhöhen.

Ein weiteres Problem sind die Richter_Innen, die sich oft von Vorurteilen leiten lassen. Sieht der oder die Betroffene nicht wie ein/eine Homosexuelle/r aus, wird ihr oder ihm nicht immer geglaubt. Häufig müssen sich die Betroffenen von sogenannten „*Gutachtern*“ auf die „*Qualität* ihrer homosexuellen Neigungen“ überprüfen lassen. Ist nach Ansicht der Gutachter_Innen ein „*Ausweichen* auf eine heterosexuelle Lebensweise“ möglich, wird kein Asyl gewährt. Einige Flüchtlinge trauen sich nicht einmal, ihren wahren Fluchtgrund anzugeben. Dies kann zum einen daran liegen, dass sie nicht über die gesetzliche Lage in Deutschland informiert sind. Sie befürchten, dass ihnen auch hier Strafe droht. Ein anderer Grund dafür ist die Angst, die Dolmetscher_Innen aus ihrem Heimatland könnten sie an die dortige Regierung verraten, weil sie oft mit den Botschaften der Herkunftsländer zusammenarbeiten. Falls der Antrag dann abgelehnt würde, würde ihnen eine hohe Strafe drohen.

Deshalb fordern wir:

- dezentrale Unterbringung für ALLE Geflüchteten
- sensiblen Umgang in der Unterbringung für die besonderen Bedarfe von LGBTIA
- ausreichende soziale, psychologische und medizinische Betreuung in den jeweiligen Herkunftssprachen der/des Einzelnen
- rechtliche Unterstützung bei LGBTIA Themen
- Sensibilisierung und Schulung aller Helfer_Innen und Mitarbeiter_Innen.



Wir bleiben alle!

VON **JAMES ANTON**

Weltweit will Bombardier in den nächsten zwei Jahren rund 7.000 und damit etwa 10% der Stellen streichen, 3.200 davon allein in der Zugsparte und davon wiederum 1.430 in Deutschland. Alleine 1.200 an den größten drei Standorten Henningsdorf (270 von 2.600), Görlitz (700 von 2.500) und Bautzen (230 von 1.000).

Auch die Jugend bleibt von den Kürzungen nicht verschont. Es werden wesentlich weniger Auszubildende im kommenden Jahr eingestellt, an einigen Standorten wird die Ausbildung gar ganz gestrichen. Zwar sind Auszubildende nicht direkt von den Entlassungen betroffen, doch es entfällt die durch den Tarifvertrag festgelegte Übernahmegarantie. Dies ist im Falle von betriebsbedingten Kündigungen möglich. Dadurch entsteht ein Konkurrenzkampf unter den Auszubildenden, da nur die besten übernommen werden. Wieder gilt die Devise: teile und herrsche. Betriebsräte und Jugendvertretungen werden genötigt, Betriebsvereinbarungen zu unterschreiben, die festlegen, dass nur ein Teil der Ausgelernten übernommen wird. Sonst wird gedroht, die Ausbildung komplett zu streichen. An anderen Standorten wurde schon angekündigt, vorerst niemanden zu übernehmen.

Grund für die Entlassungen und Kürzungen sind vor allem die enormen Verluste von über 5,3 Milliarden Dollar bei nur 18,2 Milliarden Dollar Umsatz in der Flugzeugsparte. Doch nicht nur die brutale Konkurrenz, sondern auch Fehlentscheidungen seitens des Managements und die kommende Wirtschaftskrise bilden den Hintergrund für drohende Massenentlassungen. Insbesondere der Einstieg des Pensionsfonds von Québec bei Bombardier Transportation hat zusätzlichen Druck geschaffen.

Angriffe

Dies soll augenscheinlich vor allem durch Sparmaßnahmen auf Kosten der Lohnabhängigen erreicht werden. Alleine in Hennigsdorf sollen die Kosten um insgesamt 20 Prozent gesenkt werden. Vorgebliches Ziel dieser Maßnahmen ist es, sich auf die „*Kernkompetenzen* des Standortes" zu spezialisieren. Wie das geschehen soll, ist schleierhaft. Außerdem sollen 30% der Stellen in der Führungsebene gestrichen werden, um Entscheidungswege zu verkürzen. Doch auch hier ist davon auszugehen, dass dies vor allem Führungskräfte in den unteren Ebenen treffen wird und nicht diejenigen, die für die zahlreichen Fehlentscheidungen der letzten Jahre verantwortlich sind, die Bombardier und den Standort Hennigsdorf in die heutige Krise gebracht haben. Weitere Maßnahmen sollen im Sommer folgen.

Es wird argumentiert, der Standort sei unwirtschaftlich, da die Stundensätze zu hoch seien und so die Produkte nicht konkurrenzfähig angeboten werden könnten. Doch der Standort wurde erst unwirtschaftlich gemacht durch das Verpassen von Aufträgen und das Ignorieren von seit Jahren existierenden Problemen. Die Kommunikation zwischen den Abteilungen und Bereichen ist nach wie vor miserabel. Die zahlreichen Umstrukturierungsprojekte und ständiger Austausch vom oberen Management haben Probleme eher noch weiter verschlimmert.

Die Verlagerung von Aufträgen an andere Standorte trotz anderslautender Betriebsvereinbarungen und Verträge ist eine weitere Ursache. Hier zeigt sich, wie versucht wird, die Belegschaft zu spalten und die Standorte gegeneinander auszuspielen, auch bei der Vergabe von Aufträgen ins Ausland. Dann heißt es auf Betriebsversammlungen: deutsche Wertarbeit werde nicht mehr geschätzt oder die Polen würden uns mit ihren Billiglöhnen die Aufträge klauen. Doch nicht



Keine Entlassung bei BOMBARDIER

die Kolleg_Innen der anderen Standorte sind es, die uns unserer Lebensgrundlage berauben, sondern es sind die Manager_Innen und Eigentümer_Innen, die die Stellen streichen. Während auch Betriebsräte um Aufträge buhlen und so beim Kampf Standort gegen Standort mitspielen, werden in ganz Deutschland und weltweit unsere Kolleg_Innen gefeuert. Wir sollten uns nicht auf das Marionettenspiel einlassen und uns stattdessen mit den Kolleginnen und Kollegen im In- und Ausland solidarisieren und unsere Kämpfe verbinden. Auch sie bangen um ihre Lebensgrundlage und die ihrer Familien.

Branchenweite Probleme
Doch nicht nur die Arbeiter_Innen bei Bombardier sind von Stellenabbau betroffen, der ganze Metallsektor steckt in einer Krise. So haben Betriebsrat und IG-Metall bei Siemens Power & Gas erst Ende September einem sogenannten *„Interessenausgleich“* für das Sparprogramm PG2020 zugestimmt, der weitgehende Entlassungen im Gasturbinenbau und massive Lohnkürzungen festschreibt. Die Entlassungen sollen *„sozialverträglich“* durch einen Sozialplan reguliert stattfinden. Dadurch sollen *„sozial* Schwächere“ vor Entlassungen geschützt werden.

Einen solchen Ausverkauf gilt es zu verhindern! Denn auch am Standort Nürnberg hieß es einst, man wolle sich auf die Kernkompetenzen konzentrieren. Mit einer Salamitaktik, auf die sich Betriebsrat und Gewerkschaft durch immer weitreichendere Zugeständnisse einließen, wurde der Standort nach und nach dem Untergang geweiht. Es wurde immer weiter gekürzt, bis der Standort schließlich ein reiner Engineering Standort war. Seit 2004 ist er geschlossen. Auch hier wurden Entlassungen mit einem Sozialplan reguliert. In Hennigsdorf strebt die Unternehmensleitung ebenfalls einen Sozialplan an und auch hier wird die Befürchtung laut, die Produktion könnte nach und nach wegfallen.

Zwar hat die IG-Metall *„massive* Aktionen“ angekündigt, doch die Gewerkschaft hat schon in der Vergangenheit oft genug gezeigt, dass sie bereit ist, ihre Basis durch einen Sozialplan zu hintergehen. Auch beim Betriebsrat ist zu befürchten, dass dieser sich letztendlich auf einen Sozialplan einlassen wird, um die Entlassungen *„sozialverträglich“* zu gestalten. Doch dieser spaltet nur die Belegschaft und schwächt ihre Kampfbereitschaft. Denkt nicht: *„Mich* betrifft das sowieso nicht“, denn es kann jeden früher oder später treffen!

Perspektive Klassenkampf
Wir wollen einen Kampf gegen alle Entlassungen führen – egal ob von unbefristet Beschäftigten oder von Leiharbeiter_Innen. Sollte Bombardier an seinen Plänen festhalten und das Unternehmen auf Kosten der Belegschaft *„sanieren“* wollen, so sollten wir für die entschädigungslose Enteignung von Bombardier, unter Kontrolle der Beschäftigten eintreten. Warum sollten wir für eure Krise zahlen? Dazu wird es mehr brauchen, als ab und zu eine einstündige Kundgebung abzuhalten. Wir brauchen massive Streiks und den Druck von der Straße. Dazu ist es auch nötig, den Arbeitskampf mit dem der anderen Arbeiter_Innen aus der Metallbranche, wie den Kolleg_Innen von Siemens, zu verbinden. Dafür kann die kommende Tarifrunde eine Gelegenheit sein.

Reaktionen zum AfD-Wahlsieg:

Wohin geht die Linkspartei?

VON LARS KELLER

Nach den jüngsten, einschlägigen Erfolgen der *„Alternative* für Deutschland“ (AfD) ist in der Linken eine Diskussion darüber entbrannt, wie mit dieser zusehends erfolgreichen und immer weiter nach rechts gehenden Partei umgegangen werden soll.

Sigmar Gabriel (SPD) beschwört angesichts des weiteren Niedergangs der SPD die *„Einheit* aller Demokraten“ und die CDU/CSU streitet darüber, wer am Aufstieg der AfD Schuld ist. Die Grünen werden wohl in allen Regierungen landen. Die Linkspartei musste unterdessen einen herben Verlust in Sachsen-Anhalt einstecken. In den beiden westdeutschen Ländern spielte sie ohnedies nie eine Rolle in den Parlamenten.

Doch anstatt aus den Warnsignalen die Notwendigkeit einer antirassistischen Einheitsfront der Arbeiter_Innenparteien und Gewerkschaften zu erkennen und für Losungen wie offene Grenzen, gegen imperialistische Interventionen, Angriffe auf Arbeitsplätze, Löhne und Sozialleistungen aufzurufen, glänzt die Linkspartei von Gysi bis zur AKL mit einer Politik, die die PDL immer tiefer sinken lassen wird.

Gysi und die Union

„Alle demokratischen Parteien müssen sich gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung stellen – von der Union bis zur LINKEN.“ (FAZ, 16.3.2016) Mit diesen Worten meldete sich der vormalige Fraktionsvorsitzende zu Wort – nicht ohne im darauffolgenden Satz zu sagen, dass es auch weiter darum gehe, *„die* Union in die Opposition zu schicken“. Wenn es aber gegen die AfD geht, müsse die LINKE auch mit der Union *„zusammenarbeiten“* können.

Das erklärte Ziel des Gysi-Flügels, 2017 eine rot-rot-grüne Bundesregierung zu stellen, rückt angesichts des AfD-Aufstiegs in immer unerreichbarere Ferne. Worum es Gysi geht, ist eine Regierungsbeteiligung um (fast) jeden Preis. Doch mit dem Regieren ist das in der LINKEN so eine Sache: Der linke Flügel sträubt sich dagegen, der rechte Flügel ist bereit, alles in Kauf zu nehmen, was dazu gehört: Abschiebung, Sozialabbau, Privatisierung … eben das, was Leute um die AKL nicht wollen. Nur so, durch die Bereitschaft zur *„Einheit* aller Demokraten“ könne der Aufstieg der AfD gestoppt werden.

Damit spielt er letztlich denen in die Hände, die er zu bekämpfen vorgibt. Die *„demokratischen* Parteien“ werden von der Linkspartei den Verzicht auf weitere soziale, friedenspolitische, demokratische Versprechen einfordern und sie somit zur *„linken“* Mehrheitsbeschafferin degradieren. Zugleich spielt das Zurückstellen aller Differenzen, aller sozialen und demokratischen Forderungen der AfD und anderen rassistischen Demagogen in die Hände, die sich dann umso leichter als einzige *„Systemopposition“* hinstellen können.

Gysi setzt mit seiner Forderung nach *„Einheit* der Demokraten“ bewusst seine Partei unter Druck, indem er als einziges Mittel gegen den Aufstieg der AfD die Zusammenarbeit mit allen *„demokratischen* Kräften“ einschließlich Union und FDP darstellt.

Wagenknecht und der Sozialchauvinismus

Während Gysi versucht, die Partei über eine Zusammenarbeit mit der Union an die Regierung zu bringen, versucht eine andere in der LINKEN, die in Richtung AfD abhandengekommenen Wähler_Innen wieder zurückzuholen – und macht dabei Konzessionen an die Rassist_Innen.

Sahra Wagenknecht versuchte bereits nach den sexistischen Vorfällen in der Silvesternacht, die Abschiebung krimineller Migranten in der LINKEN hoffähig zu machen. Sie legte nach, als sie meinte, man könne nicht *„jedes* Jahr eine Millionen Menschen aufnehmen“.

Jetzt, nachdem sie zunächst das Gift des Sozialchauvinismus fleißig versprüht hat, angelt sie nach jenen, die in den

rassistischen Teich gefallen sind: „*Natürlich* darf man nicht pauschal alle Menschen, die sich angesichts hoher Flüchtlingszahlen noch stärker um Arbeitsplätze, Sozialleistungen, Wohnungen und steigende Mieten sorgen, in eine rassistische Ecke stellen. Das gilt auch für Wähler der AfD." (Die Welt, 20.3.2016)

Es ist richtig, dass viele die AfD wählten, weil sie sich um die von Wagenknecht genannten Punkte sorgen. Aber nichtsdestotrotz suchten diese Wähler_Innen ihr Heil bei einer offen rassistischen Partei.

Warum?

Das Heil im Sozialchauvinismus sucht auch Sahra Wagenknecht. Die einzigen fortschrittlichen Forderungen, die sie glaubwürdig erheben könnte, um die Frage von Rassismus und Wohnungen, Sozialleistungen usw. zu beantworten, würden auf einen Konflikt mit dem deutschen Kapital hinauslaufen. Anlegen will sie sich aber allenfalls mit dessen „*neoliberalem*" Teil und andere für eine Rückkehr zur „*sozialen* Marktwirtschaft" gewinnen, also für einen Ausgleich zwischen Lohnarbeit und Kapital. Auf Basis dieser Reformlogik müssen Forderungen nach offenen Grenzen notwendigerweise wegfallen. Wagenknechts Anpassung an die AfD ist also nicht nur dem Aufstieg der Rechten geschuldet. Ihre (und Lafontaines) Forderung nach Begrenzung der Migration entspringt auch der „*Einsicht*", dass ein sozialpartnerschaftliches System nicht für die ganze Welt funktionieren, sondern immer nur auf eine mehr oder weniger große Bevölkerungsmasse in den imperialistischen Ländern begrenzt sein kann.

Nachdem die LINKE überall, wo sie an der Regierung war, bürgerliche Realpolitik geliefert hat und in der Opposition zusehends immer weniger eine Alternative darstellen kann, bleibt nun für den Flügel um Lafontaine/Wagenknecht nur der tief im Reformismus verankerte Sozialchauvinismus, um die fortgelaufenen Wähler_Innen wieder einzufangen.

Aufhalten wird das aber weder den Niedergang der Linkspartei noch den Aufstieg der AfD. Warum soll der so schleierhafte Sozialchauvinismus Wagenknechts gewählt werden, wenn Petry, Höcke und Co. mit viel klareren Feindbildern daherkommen?

Der linke Flügel und die soziale Frage

Je mehr der Gysi-Flügel bei jeder Gelegenheit getreu seiner Ausrichtung versucht, die Partei nach rechts zu treiben, desto größer wird der Selbstbetrug am linken Flügel. Hier existiert nach wie vor die illusorische Vorstellung, dass der rechte Flügel der Partei belehrbar sei oder einfach nur Fehler mache, anstatt mit viel Kalkül die Partei nach seinen Regierungsinteressen zu formen.

Dementsprechend schreiben Heike Hänsel, Sevim Dagdelen und Alexander Ulrich:„*Jetzt* auf Anti-AfD-Bündnisse zu setzen, deren Breite nur dadurch zustande kommt, dass die soziale Frage außen vor bleibt, hieße, das Scheitern von Linken in Europa[...]. Was wir stattdessen brauchen, ist ein Bündnis gegen Neoliberalismus. Hier wird sich schnell zeigen, auf welcher Seite SPD und Grüne stehen." (heike-hänsel.de, 15. 3. 2016)

Hier wird außerdem das aktuell Notwendige hintangestellt. Obgleich der Neoliberalismus eine große Verantwortung dafür hat, dass der Rassismus einen Aufstieg erlebt, ist ein antineoliberales Bündnis eine unzureichende Antwort.

Wenn Flüchtlingsheime bereits brennen, wenn das schärfste Anti-Asylgesetz seine Umsetzung findet und die AfD eben mit über 20 Prozent in einen Landtag einzieht, ist eine antirassistische Einheitsfront unmittelbar erforderlich.

Praktisch bedeutet die Position dieser Linken, Antirassismus und Antineoliberalismus zu trennen und der Gemeinschaft aller Demokrat_Innen die Aufgabe des antirassistischen Kampfes zu überantworten.

Damit wird der Klassencharakter des Rassismus entsorgt, er lediglich als Verstoß gegen Mitmenschlichkeit begriffen. Eine antirassistische Arbeiter_Inneneinheitsfront ist aber nicht nur deshalb notwendig, weil Arbeiter_Innen auch noch zusätzlich gegen Neoliberalismus und für soziale Forderungen kämpfen sollen, sondern weil nur sie alle Aspekte des Rassismus aufgreifen kann, v.a. den der Klassenspaltung. Rassismus bedeutet auch Lohndrückerei, erschwerten Zugang zu gleichen Arbeitsrechten, legt der Integration von Migrant_Innen und Geflüchteten in die Arbeiter_Innenorganisationen rechtlich und materiell Steine in den Weg, kurz: schwächt die Kampfkraft unserer Klasse in jeder Beziehung. Das Eintreten gegen diese Hindernisse ist mit den offen bürgerlichen „*antirassistischen*" Parteien unmöglich, weil sich Rassismus nur auf das Proletariat in ganzer, voller Härte auswirkt!

Die Forderung, sich nur auf Antineoliberalismus zu konzentrieren, um die Wähler_Innen von der AfD zurückzugewinnen, schließt indirekt jene aus, die vom Rassismus am härtesten getroffen sind und verkennt obendrein, dass Antirassismus untrennbar mit der sozialen Frage und damit mit Antineoliberalimus verbunden ist. Diese Dinge voneinander zu isolieren heißt den gemeinsamen Kampf mit Geflüchteten nicht primär zu suchen und damit letztlich eine der Spaltungslinien in der Arbeiter_Innenklasse nicht anzugreifen.

Ganz links?

Noch weniger Perspektive als der „*Antineoliberalismus*" kommt von jenen, die sich am äußerst linken Flügel der Partei aufgestellt wähnen: „*Wenn* DIE LINKE nicht in der Bedeutungslosigkeit versinken will, muss sie eine unmissverständliche und kämpferische Opposition gegen CDU, SPD, Grüne und AfD betreiben." (sozialismus.info, 17.3.2016), schreibt Lucy Redler für die SAV.

Wie dieser Kampf aussehen und geschehen soll, darüber scheint immer weniger bis keine Klarheit zu herrschen. Wir haben einen Vorschlag: Die sich als links oder gar revolutionär verstehenden Kräfte in der LINKEN sollten sich verstärkt die Frage stellen, ob sie weiter das linke Anhängsel für eine Partei und deren reformistische Führung seien wollen, die nahezu alle linken Grundprinzipien schon längst verraten hat. Sie sollten von ihrer Partei die aktive Beteiligung an einer antirassistischen Einheitsfront gegen die AfD und die rassistische Regierungspolitik einfordern, die die soziale Frage und den Antirassismus zusammenbringt. Dann wird sich nicht nur zeigen, „*auf* welcher Seite die SPD steht", um so mehr wird sich erneut zeigen, wo die LINKE als Partei steht – auf der des Sozialchauvinismus.

Austritt aus der Revolutionären Linken in [`solid]

STATEMENT VON REVOLUTION

Entwicklung der Revolutionären Linken (RL)

Anfang Juli 2015 gründete sich in der linksjugend [solid'] die RL, die den Anspruch hatte, für eine klassenkämpferische Jugendorganisation einzutreten. Eine Jugendorganisation, die in der Lage ist den Kapitalismus zu stürzen. Da einige unserer Mitglieder, die vormals in der [solid'] Fulda aktiv waren, schon ein Jahr zuvor versucht hatten eine revolutionäre Fraktion zu gründen, waren wir über die Gründung und die Dynamik der RL sehr erfreut. Dieser Schritt war bitter nötig, weil [solid'] einem sozialistischen Anspruch bei weitem nicht gerecht wurde. Dafür sorgen proimperialistische Antideutsche, eine reformistische Führung und ein linker Flügel, welcher sich zwar *„Revolution"* auf die Fahnen schreibt, aber praktisch bestenfalls zentristische (SAV,Funke) oder gar offen reformistische Politik (BAK AuF) macht. Um die vergangenen und aktuellen Klassenkämpfe zu verarbeiten und eine Anleitung zum Handeln zu geben braucht es ein Programm. Genau das wollten wir mit Anträgen bei den Treffen der RL in Hamburg, wo seitens der SAV ein zweiseitiger Wisch als Programm verkauft werden sollte, und beim zweiten Treffen in Dortmund versuchen. Dort wurden unsere entsprechenden Anträge mit der Begründung, es brauche *„Bewegung"* und kein Programm abgelehnt. Auch unsere Bemühungen eine demokratische Grundlage innerhalb der RL in Form eines Statuts zu schaffen wurde abgelehnt. Paradoxerweise wurde anschließend ein Koordinierungskreis, also eine nicht-demokratisch legitimierte Leitung, gewählt.

In den letzten Monaten gab es außerdem keine zahlenmäßige oder aktionistische Weiterentwicklung der RL. Zwar gab es am 18. Dezember einen bundesweiten Aktionstag, dieser ging allerdings nicht über die RL hinaus. Andere Gruppen oder gar unorganisierte Einzelpersonen einzubinden, wurde nicht einmal versucht. Man beging also genau die Fehler, die jetzt fälschlicherweise an Jugend gegen Rassismus kritisiert werden.

Jugend gegen Rassismus (JgR)

Ende März gab es ein weiteres Treffen der RL. Das Thema war hauptsächlich die über Deutschland hereinbrechende rassistische Welle. Für uns ist das natürlich untrennbar verknüpft mit der Frage: *„Was* tun gegen Rassismus?" Eine Beteiligung der RL an dem dynamischsten, bundesweiten Antirassismusbündnis *„Jugend* gegen Rassismus" schien uns der beste Weg für die RL an dem Aufbau einer Gegenbewegung mitzuwirken. Unser Antrag einer Beteiligung der RL an JgR wurde allerdings bis auf wenige Gegenstimmen abgelehnt, obwohl bundesweit



mittlerweile Teile der SAV *„Jugend* gegen Rassismus" unterstützen. Die Argumente waren, man wolle keine Bewegung von oben erzwingen, soziale Forderungen fehlten und die Massen seien nicht bereit mit Forderungen wie *„Offene* Grenzen" oder *„Selbstverteidigung* gegen rassistische Angriffe" konfrontiert zu werden. Mit einer solchen opportunistischen Argumentation sich einer Einheitsfront zu verweigern, ist schon ziemlich sektiererisch. Vor allem wenn man bedenkt, dass die SAV keinen Alternativvorschlag vorstellte.

Auch das *„Argument"*, dass JgR keine unorganisierten Jugendlichen ansprechen würde, ist lächerlich. Dass *„Jugend* gegen Rassismus" gerade vom Refugee Schul- und Unistreik (RSUS) ins Leben gerufen wurde, an dem sich viele unorganisierte Jugendliche beteiligen, die soziale Fragen sehr wohl Beachtung findet und das Bewusstsein der Massen mit den entsprechenden Forderungen gehoben werden muss, sah die Mehrheit der RL nicht. Der wahre Grund für diese Blamage war viel eher, dass die SAV, die die RL dominiert, kein Projekt unterstützen möchte, bei welchem sie nicht die Führung innehat. Der Aufbau der eigenen Vorfeldstruktur wurde hier über die objektive Notwendigkeit des Aufbaus eines antirassistischen Bündnisses, welche die Keimform einer antirassistischen Bewegung sein kann, gestellt.

Der Bundeskongress 2016

Der Bundeskongress von solid (BuKo) ist offiziell das höchste demokratische Gremium in solid. Faktisch kann sich der Kongress in die Reihe von Kongressen einreihen, auf denen irgendwas beschlossen wird, das aber faktisch keine Auswirkungen hat, nichtmal für die eigene Organisation. Der linke Flügel macht was er will und ihm ist egal, was der rechte beschlossen hat. Andersrum gilt dasselbe. Dass ein nicht unbedeutender Teil von solid vollkommen ignoriert was beim BuKo passiert, drückt sich auch im BuKo selbst aus. Nur 190 von 250 Delegierten, sprich 74 %, kamen und das trotz der Möglichkeit bei Krankheit, etc. Ersatzdelegierte zu

schicken. Auch der Funke, der Teil der RL ist, kritisiert, dass der BuKo keine Auswirkungen auf die Arbeit in den Ortsgruppen und Landsverbänden hat: „*Viele* Beschlüsse des höchsten Gremiums verschwinden oftmals in der Schublade – wodurch die Frage nach dem Sinn und Zweck von Bundeskongressen provoziert werden kann.“

Dass die RL ohne Programm und Statut innerhalb solid nicht fraktionsfähig sein kann, sah man dann während wie auch nach dem BuKo. Während ein Genosse, den man getrost als Linken in der RL bezeichnen kann, von „*gemischten* Gefühlen“ spricht, tobt auf Facebook ein Kampf zwischen der SAV und dem Funken, wie man sich zu Sexarbeit verhält. Von Diskussion nach innen, Geschlossenheit nach außen, wie es für leninistische Organisationen üblich ist, sah man nichts.

Dank eines Leaks mit dem Hashtag #NuernbergPapers ist uns bekannt, dass auf dem BuKo über JgR etwas beschlossen wurde und AntiDs dem wohl zustimmen wollten. Jedoch können wir, trotzdem wir teilweise zum jetzigen Zeitpunkt noch Mitglieder von solid sind, nicht nachvollziehen, wie das eigentlich ausgegangen ist. Grund dafür ist, dass wir keinen Zugang zu Protokollen des höchsten demokratischen Entscheidungsgremiums haben und auch noch nie hatten. Damit sollte alles zum BuKo gesagt sein.

Taktiken und Positionen

Ein weiterer Grund für das Stagnieren des Aufbaus der RL sind taktische Fehler. Auf der letzten Versammlung der RL wurde klar, dass sie unter keinen Umständen mit der SPD zusammenarbeiten will, weil die SAV diese als bürgerliche Partei charakterisiert. Das ist aber aus unserer Sicht ein grober Fehler, welcher taktische Folgen mit sich bringt. Die SPD ist eine bürgerliche Arbeiter_Innenpartei. Die Führung macht zwar Politik im Interesse der Bourgeoisie, aber ihre soziale Basis ist historisch und aktuell die Arbeiter_Innenklasse. Dies lässt sich auch einfach an ihrer Stärke in den DGB-Gewerkschaften, die sicher keine gelben Gewerkschaften sind, feststellen.

Die Illusionen der Arbeiter_Innenklasse in den Reformismus, wie auch ihr reformistisches Bewusstsein, kann nur durch gemeinsame Aktionen wie einer Einheitsfront mit JgR gebrochen werden. In dieser können Revolutionär_Inne durch eigenständige Propaganda und Kritik an der Führung aufzeigen, dass Diese einer fortschrittlichen Bewegung in Wege steht. Darüber hinaus, können revolutionäres Bewusstsein, wie auch der Einfluss von Revolutionär_Innen, in der Klasse gestärkt werden.

Gleichzeitig verhält sich die RL auch sektiererisch gegenüber anderen linksradikalen Organisationen, was ihre Weigerung „*Jugend* gegen Rassismus“ aufzubauen zeigt. Dieses Sektierertum geht Hand in Hand mit einer opportunistischen Politik gegenüber der LINKEN und [solid‘]. Hier steckt man tief in den Strukturen, ohne einen offenen Kampf um die Führung zu führen. Echter Entrismus, wie Trotzki ihn sich als Taktik für Revolutionär_Inne in reformistischen Parteien vorstellte, um einen linken Flügel wegzubrechen oder die Partei zu übernehmen, sieht anders aus.

Weiter bleibt die RL auf zentristischen Positionen hängen. Die Weigerung sich ein Programm zu geben ist ein deutlicher Indikator dafür. Brennende Forderungen, die es gerade seit dem massiven Aufkommen der Rassist_Innen und den verstärkten Flüchtlingsbewegungen seit Mitte 2015 braucht, werden nicht genannt. Dazu gehört, das keine offenen Grenzen gefordert werden und auch dem Aufbau von Selbstschutz keine Notwendigkeit zugesprochen wird.

Für eine revolutionäre Jugendorganisation!

Die sich anbahnende Krise und der katastrophale Rechtsruck in Europa machen die Notwendigkeit der Jugend eine einheitliche und revolutionäre Führung zu geben überdeutlich. Wir müssen endlich die aktuelle Führungskrise überwinden und uns für die kommenden Kämpfe wappnen! Dazu braucht es eine sozialistische Organisation mit einem klaren Programm, einem lebendigen demokratischen Innenleben und einheitlichen Aktionen nach außen. Gerade im Rahmen unserer Intervention in [solid‘] und der RL hat sich gezeigt, das keine dieser Strukturen in der Lage sind sich zu so einer Organisation zu entwickeln und die momentane Führungskrise der Jugend als auch der Klasse der Lohnabhängigen als Ganzes zu lösen. Schade auch, dass die SAV die Diskussion, wie eine solche Führung zu schaffen ist, nicht mehr mit uns weiter führen möchte. Dies zeigt sich dadurch, dass sie zum Beispiel Anträge innerhalb der RL durchboxte, die Programmdiskussionen auch auf kommenden Treffen unterbinden. Die SAV zeigt dadurch hervorragend, was sie von der reformistischen Bürokratie in der Linkspartei gelernt hat: bürokratische Manöver.

Ein Austritt unsererseits aus der RL und eine Konzentration auf die eigene Arbeit ist somit mehr als gerechtfertigt. Natürlich arbeiten wir gerne auch in Zukunft mit linken Teilen von [solid‘] und der SAV zusammen, um eine größere Aktionseinheit wie auch Gruppen übergreifende Diskussionen innerhalb der Linken zu schaffen. Eine organisatorische Einheit ist allerdings nicht mehr gerechtfertigt. Unser eigentliches Ziel, nämlich den linken Flügel in [solid‘] organisatorisch auf die notwendigen Auseinandersetzungen mit der rechten Führung bis hin zum Bruch vorzubereiten, haben wir nicht erreicht. die Perspektivlosigkeit des Kampfes in ihrer Organisation aufzuzeigen und damit eine größere Austrittswelle zu erzeugen, haben wir nicht erreicht. Trotzdem war unsere Arbeit nicht umsonst: Wir haben eine klare Kritik am Reformismus von [solid‘] und dem Zentrismus der RL und der SAV formuliert. Darüber hinaus haben wir REVOLUTION deutschlandweit bekannter gemacht, Kontakte herstellen können und einige Mitglieder in Fulda und Bonn dazu gewonnen. In Fulda wurde im Juni 2015 aus der solid-Gruppe eine sehr aktive REVOLUTION Ortsgruppe, die sich in einer konservativen 60.000 Einwohner_Innenstadt länger als sämtliche andere Jugendorganisationen links der Jungen Union halten konnte und kann.

Böhmermann Gedicht: Pressefreih

Wenn man an Jan Böhmermann denkt, denkt man an einen Komiker, der einen auf kritisch und politisch macht, dabei aber oft sexistisch, rassistisch oder chauvinistisch ist. Böhmermann hat nun ein Gedicht geschrieben, das den türkischen Präsidenten Erdogan beleidigt. Das Gedicht ist sicherlich von der Rapszene beeinflusst, da es auf stumpfen Beleidigungen basiert, die lustig sein sollen. Politisch ist dieses Gedicht für niemanden tragbar, der/die sich irgendwie als links bezeichnet. Im Vergleich zu gutem Rap enthält es keinen einzigen guten Reim, sondern besteht nur aus Zweckreimen. Erdogan wird mit üblen rassistischen und extrem homophoben Klischees wie *„Ziegenficker“* oder *„Stinkt schlimm nach Döner“* beleidigt und Böhmermann mach auch *„Witze“* über Erdogans Penisgröße. Armseeliger kann eine Kritik an Erdogan überhaupt nicht sein, selbst wenn sie nur in Verteidigung des ebenfalls von Erdogan angegriffenen, aber gelungenen Satireliedes *„Erdowie, Erdowo, Erdogan“* von extra 3 zeigen sollte *„was in Deutschland auch verboten sei.“*

VON BEN ZIMMER

Angriff auf die Pressefreiheit

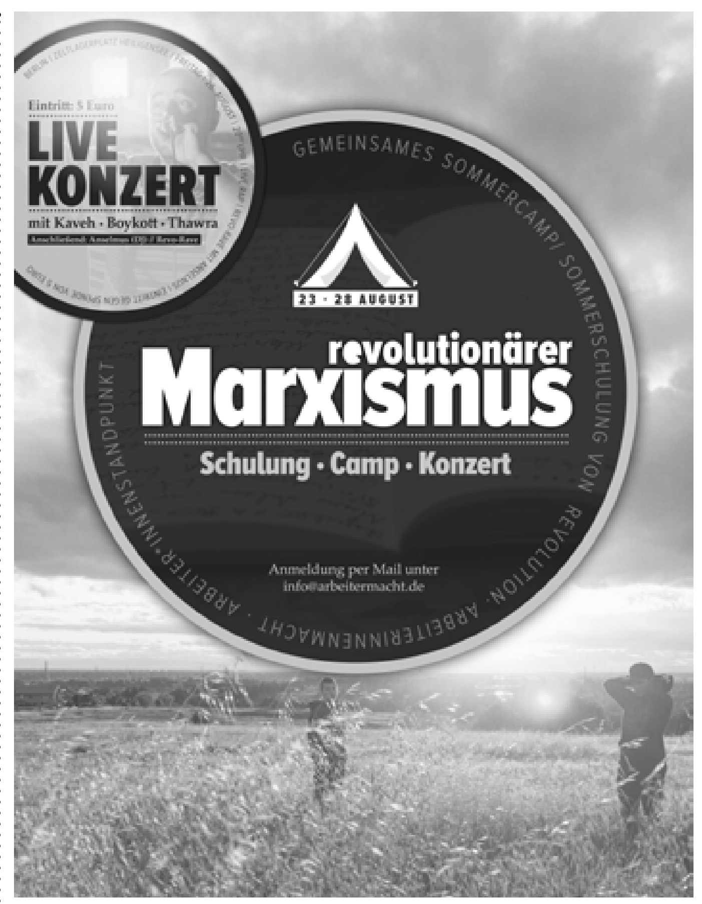
Doch viel interessanter als sein Gedicht, das wir auf keinen Fall politisch verteidigen sondern aufs schärfste angreifen, ist die Reaktion des bürgerlichen Staates. Böhmermann wurde erst von der Staatsanwaltschaft Mainz angeklagt. In einem Statement bestätigten Erdogan und sein Außenminister die Klage und sagten, dass sie sich beleidigt fühlten. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigte, dass Böhmermann angeklagt wird: *„Gesetzliche Voraussetzung für die Strafverfolgung des speziellen Delikts der Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“* seien nach Prüfung durch das Auswärtige Amt, das Bundesjustizministerium, das Bundesinnenministerium und das Bundeskanzleramt gegeben.

Im selben Statement sagte Merkel offen, wieso man sich trotz *„unterschiedlicher Auffassungen zwischen den Koalitionspartnern Union und SPD“* dafür entschieden hätte, juristisch gegen Jan Böhmermann vorzugehen. Sie nannte die *„enge[n]* wirtschaftliche[n] Verflechtungen“ und die *„Verantwortung* als Alliierte in der Nordatlantischen Allianz“. Konkret meinte sie damit den rassistischen Deal der EU mit der Türkei, laut dem Flüchtlinge in der Türkei zurückgehalten und leichter dorthin abgeschoben werden können, sowie das militärische Vorgehen in Syrien. Erdogan ist sich hier natürlich bewusst, dass Merkel unter dem Druck anderer Staaten, aber auch des zunehmenden Rechtsrucks in Deutschland sicherstellen muss, dass die Grenzen Europas dicht sind. Er nutzt das natürlich aus um zu zeigen, wie groß der Einfluss vom *„Boss* vom Bosporus“ mittlerweile ist.

Auch die Kritik an Erdogan und seiner reaktionären Politik, die unter anderem darin besteht mit Panzern gegen Kurd_Innen im Osten der Türkei zu feuern, wurde eigentlich komplett unterlassen. Es wurde nur ein bisschen Wischi-Waschi-Kritik an der mangelnden Pressefreiheit geübt, aber kein Wort darüber, dass Kurd_Innen aufs brutalste unterdrückt und teilweise massenhaft erschossen werden, kein Wort darüber, dass die Pressefreiheit faktisch abgeschafft wurde und alle, die Erdogan medienwirksam kritisieren, entweder mundtot gemacht werden oder im Knast landen. Ebenfalls fiel kein Wort darüber, dass es bei der letzten Wahl im Wahlkampf mehrere Anschläge auf die pro-kurdische Partei *„HDP“* gab und eine riesige Kampagne gegen sie geführt wurde, um sie unter die 10 Prozenthürde zu drängen. Merkel hat ihren Frieden mit der reaktionären Politik der AKP geschlossen und vertritt das auch offen nach außen. Nun hat es Jan Böhmermann getroffen und er wird juristisch dafür belangt, dass er einen bonapartistischen Diktator rassistisch beleidigt hat und er deutschen Interessen vor allem in Form des Türkei-Deals im Weg steht.



eit ausgehebelt!



Anmeldung zum *„revolutionärerer* Marxismus", des gemeinsamen Sommercamps / Schulung von REVOLUTION, Gruppe ArbeiterInnenmacht und dem Arbeiter*innenstandpunkt unter **info@arbeitermacht.de** | Mehr Infos bald online

Hintergrund

Dies ist ein fundamentaler Angriff auf die Pressefreiheit. Wenn die Presse die deutsche Politik, in diesem Fall die Außenpolitik und wichtige Verhandlungspartner angreift, dann wird zensiert. Angeblich *„freie"* Journalist_Innen müssen sich mit Anklagen, die oft hohe Anwaltskosten mit sich ziehen, abkämpfen. Das führt dazu, dass die Presse nicht mehr frei ist, sondern man höchstens von einer Freiheit in Ketten sprechen kann. Hält man sich an den Rahmen, den der bürgerliche Staat vorgibt, ist man auf der sicheren Seite. Durchbricht man ihn aber, dann muss man mit Repression rechnen und spürt die Ketten.

Ein ähnlicher Fall, aber mit ganz anderer Stoßrichtung, war die Unterlassungsklage seitens des ZEIT-Herausgebers Josef Joffe und seines Journalisten-Kollegen Jochen Bittner gegen die ZDF-Sendung *„Die* Anstalt". Hier wurde 2014 während der heißen Phase der Ukraine-Krise ein Beitrag gesendet, bezüglich einer Studie (*„Meinungsmacht.* Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse") über die Verflechtung führender deutscher Journalisten in transatlantischen Lobbyverbänden. Kurz gesagt: Die Anstalt warf Spitzenjournalisten der Süddeutschen Zeitung, der FAZ und der ZEIT vor, meinungsmachende Berichterstattung zu betreiben – aufgrund eben ihrer Nähe zu pro-westlichen Interessenverbänden.

Wenn wir uns an die Berichterstattung erinnern, wurde Russland immer als böser Aggressor und die EU/USA als Beschützer der wahren Demokrat_Innen dargestellt – dabei ging es jedoch um den Interessenskampf dreier imperialistischer Mächte um Einfluss in der Ukraine. Der Anstalt-Beitrag wurde ebenfalls aus der Mediathek entfernt und darf nicht wieder gesendet werden. Hier sei angemerkt: Die Presse kann niemals meinungsneutral berichten, jede/jeder Journalist_In hat einen persönlichen Hintergrund und einen Standpunkt!

Wir sind auch dagegen, die Presse durch den bürgerlichen Staat zu verbieten, egal wie reaktionär sie gerade ist. Schon Trotzki schrieb in einer Polemik gegen die Kampagne von Lombardo Toledano, einem mexikanischen Arbeiter_Innenführer, die das Ziel hatte *„die* reaktionäre Presse zu *„zügeln"*, indem sie entweder der Zensur unterworfen oder gänzlich verboten wird", dass *„jede* Einschränkung der Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft, schließlich gegen das Proletariat gerichtet ist, so, wie Steuern schließlich immer auf die Schultern des Proletariats zurückfallen." (Trotzki, Das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Pressefreiheit) Etwas anders verhält es sich jedoch bei faschistischer Presse. Wir treten zwar auch nicht dafür ein, dass der bürgerliche Staat sie verbietet, aber wir fordern, dass ihre Organe durch eine Arbeiter_Inneneinheitsfront zerschlagen werden und ihre Redaktionsgebäude enteignet werden.

Angesichts der Tatsachen fordern wir:

- Keine Klage gegen Böhmermann! Sofortiges Einstellen des Verfahrens gegen ihn!
- Kein Deal mit Erdogan! Für das Recht ihn und alle anderen *„Staatschefs"* zu beleidigen! Weg mit Paragraph §103!
- Keine Zensur der Presse! Aber Schaffung eines Kontrollorgans von ArbeiterInnen verschiedenster Bereiche – Niemand braucht sexistische, rassistische oder andere reaktionäre Beiträge..

Frankreich: ArbeiterInnen und Jugend

VON MARC LASSALLE
(LIGA FÜR DIE 5. INTERNATIONALE)

Seit den Terrorattacken im November 2015, bei denen 130 Menschen in Paris ums Leben kamen, wurde von der französischen Regierung der Ausnahmezustand verhängt. Sie war überzeugt, so könne sie das Tempo ihrer neoliberalen Reformen relativ risikolos anziehen. Ihre imperialistischen Interventionen in Syrien und Afrika gehen bisher praktisch ohne nennenswerten Widerstand im eigenen Land vonstatten. Dasselbe lässt sich auch von dem Ausnahmezustand und der Verfassungsänderung sagen, mit deren Hilfe die Migrant_Innen ihrer Bürgerrechte beraubt werden können. Dazu zählt ebenso die Unterdrückung der Flüchtlinge in Calais, sowie weitere *„Reformen“*, die demokratische und Arbeiter_Innenrechte beschneiden.

Doch das jüngste Reformprojekt, das nach der neuen Arbeitsministerin Myriam El Khomri benannt ist, hat einen ernsthaften Widerstand im Land entfacht. Eine Online-Petition gegen diese Reform erhielt in nur wenigen Wochen mehr als eine Million Unterschriften. Es gab einen großen Streiktag am 31. März.

Generalangriff

Diese *„Reform“* ist im Kern ein Generalangriff auf die gesamte Arbeiter_Innenklasse und ihre Jugend. Dieses Projekt hat groß angelegte Verwässerung der Arbeitsverhältnisse zum Inhalt. Der neoliberale Wirtschaftsminister Emmanuel Macron hat erklärt, dass die 35 Stunden-Woche abgeschafft werden müsse. Die Bezahlung für Arbeit über mehr als 35 Stunden müsste gekappt werden und die überschüssige Arbeitszeit erst in einem Zeitraum von 3 Jahren abgerechnet werden. Die gesetzlich festgelegten Ruhepausen von 11 Stunden binnen 24 Stunden sollen nun über mehrere Tage verteilt werden können. Vielfach soll der Boss künftig einseitig über Arbeitszeiten und Urlaubstage entscheiden können. Firmen, die in *„wirtschaftlichen* Schwierigkeiten“ stecken, würden leichter ihre Arbeiter_Innen feuern können. Die Entschädigung für illegale Entlassungen darf 11 Monatsgehälter nicht übersteigen. Obwohl die Unternehmer_Innen im Betrieb sowieso schon enorme Macht haben und auch davon Gebrauch machen, klagen sie, dass die bestehenden Arbeitsrechte und -bestimmungen sie daran hindern würden, das zu tun, was notwendig ist, um die Wirtschaft in Gang zu halten.

Es überrascht nicht, dass die Arbeiter_Innenklasse und die Jugend gegen diese neuerlichen Attacken Widerstand leisten. Viele von ihnen hatten 2012 Hollande gewählt, als er versprach, dass er der Feind der Macht des Finanzkapitals wäre. Als Ministerpräsident von der Sozialistischen Partei (vergleichbar mit der deutschen SPD) hat er dann aber die Mehrwertsteuer angehoben, den Bossen 40 Milliarden Euro in den Rachen geworfen und den Stellenabbau an Schulen und Krankenhäusern vorangetrieben. Die neuste Reform ist aber offensichtlich eine zu viel, denn jetzt regt sich Widerstand.

Der Widerstand regt sich zu einer Zeit, da die Arbeiter_Innen und Jugendlichen erkennen, dass keine der vorangegangenen Reformen die Arbeitslosenquote gesenkt oder gar die Arbeitsbedingungen verbessert hat. Infolgedessen ist Hollande in den Umfragewerten wieder abgesackt, nachdem sich diese kurzzeitig nach den Terrorakten durch eine Welle patriotischen Eifers erholt hatten.

Die Linke

Der neue Vorsitzende der CGT-Gewerkschaft Philippe Martinez stellt sich als

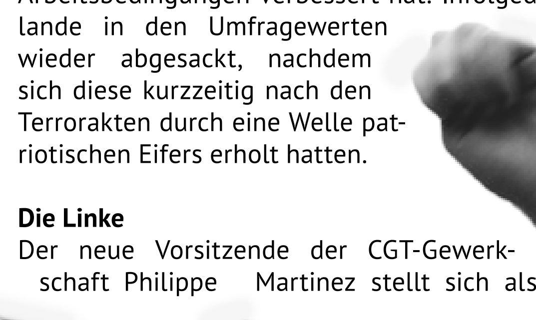


Bild: Nouveau Parti anticapitaliste (NPA)

radikalen linken Anführer dar, um seine eigene Wiederwahl auf dem CGT-Kongress im April zu sichern.

Die Linksfront, die Wahlplattform aus der französischen KP und Jean-Luc Mélenchons Linkspartei, ist praktisch erledigt. Vor kurzem hat Mélenchon angekündigt, er wolle sich zur Präsidentenwahl unabhängig von irgendeiner Partei stellen. Jeder von beiden versuchte sich als politischer Anführer der „*Linken* innerhalb der Linken“ darzustellen und der Bewegung gegen die Reformen der Regierung eine Wahlalternative an der Stimmenurne anzubieten.

Eine weitere neue Entwicklung vollzieht sich in der PS selbst. Ihr erster Sekretär Jean-Christophe Cambadelis hat sich für einen Neuentwurf der Reform ausgesprochen. Jack Lang, einst Minister unter Mitterrand, hat den „*kollektiven* Selbstmord“ seiner Partei gebrandmarkt. Die historische PS-Führerin Martine Aubry, Bürgermeisterin von Lille, hat einen Aufruf in der Zeitung Le Monde unterzeichnet, der als „*bissiger* und schwerer Angriff“ auf Francois Hollande und Kabinettschef Manuel Valls bezeichnet wird. Dies verwundert schon, denn es ist kaum 10 Monate her, als Aubry ein Orientierungsdokument für die PS-Parteikonferenz gemeinsam mit Manuel Valls unterzeichnete.

Trotz all diesem Opportunismus bedeutet der Linksschwenk einer Fraktion von PS-FührerInnen, dass Schüler_Innen- und Student_Innen-Organisationen UNL, FIDL und UNEF, die zwar ganz von PS-Bürokrat_Innen kontrolliert werden, sich dennoch in die großen Mobilisierungen gegen die Arbeitsreformen eingeschaltet haben statt auf die Bremse zu treten und die Regierung zu unterstützen. In Paris konnten 30 Schulen in verschiedener Form für Aktionen am 9. März gewonnen werden; 100 waren es im ganzen Land. Nach dem Streiktag am 31. März kam es zur Besetzung des Place de la Republique in Paris durch die Bewegung „*Nuit* debout“, welche Großteils aus Student_Innen und Schüler_Innen besteht. Die Jugend war fast 4 Jahre lang politisch nicht mehr auf der Straße gewesen, aber Gründe für ein Auftreten haben sich aufgestaut: Rassismus, Polizeigewalt, Prekarisierung und Arbeitslosigkeit. Diese Unzufriedenheit war in den jüngsten Demonstrationen greifbar.

Natürlich ist Valls nicht der erste Premier in Frankreich, der einer Opposition von ArbeiterInnen und Jugend gegenübersteht. Die Massenbewegungen gegen Chirac 1986 und Balladur 1994 zeugen davon. Am frischesten bleibt aber der Eindruck von der riesigen CPE-Bewegung 2006 haften, die Jacques Chirac und seinem Premierminister Dominic de Villepin eine Niederlage bereitete.

Die Opposition gegen die El Khomri-Reform könnte und sollte sich zu einer massiven Bewegung gegen alle Offensiven von Hollande, auch den Ausnahmezustand, ausweiten. Allerdings dürfen sich Arbeiter_Innen und Jugendliche, die zwar die Unordnung in der PS und die sich daraus ergebenden Vorteile nutzen können, nicht auf die neu gewonnenen „*Freund_Innen*“ verlassen, die plötzlich ihr linkes Wesen wieder entdecken, nachdem sie jahrelang diese Regierung unterstützt haben. Keiner von ihnen hat die ernsthafte Absicht, die Ursache aller Unterdrückung und gesellschaftlichen Niedergangs, das kapitalistische System, ins Herz zu treffen.

Wie kämpfen?

Zur Erlangung der Kontrolle über ihre eigene Bewegung müssen Arbeiter_Innen und junge Leute ihre eigenen Vollversammlungen und Fabrikausschüsse aufbauen und ihre eigenen Forderungen aufstellen und sich nicht auf das verlassen, was ihnen Gewerkschaften und reformistische Führer_Innen vorformulieren. Zum Gewinnen hat sich die Strategie von getrennten, vereinzelten Aktionstagen in der Vergangenheit als unwirksam erwiesen. Von vielen Seiten wurde der Streiktag vom 31. März als Generalstreik bezeichnet, doch dafür war er sicherlich zu klein, denn im wesentlichen fand er durch Verkehrsarbeiter_Innen und Beamte statt. Die Gewerkschaft CFDT war nicht beteiligt, da sie die Regierung unterstützt. Die Industrie blieb größtenteils unbestreikt. Diese eintägige Aktion war sicher ein richtiger Schritt, aber noch lange nicht genug.

So positiv das Auftreten der oft sehr militanten Bewegung „*Nuit* debout“ ist, so ziellos ist ihre gesamte Strategie. Sie lehnt die Beteiligung von Organisationen ab und schafft kaum Verbindung zur arbeitenden Klasse, zudem wird von ihr kein Programm konkreter Aktionen und Forderungen formuliert.

Ein umfassender unbefristeter Generalstreik ist schwierig zu vereinbaren, doch er ist der einzige Weg, die Bewegung den Bürokrat_Innen aus der Hand zu nehmen und die Regierung zum Rückzug zu zwingen. Er ist auch die beste Möglichkeit, die Kapitalist_Innen direkt anzugreifen. Die Bosse haben keine große Angst vor Platzbesetzungen, wohl aber vor Profitverlusten! Heute müssen wir den Ausbau der Bewegung in diese Richtung durch größere und häufigere Maßnahmen vorantreiben – hier spielt die Jugend als oftmals radikalere Kraft eine zentrale Bedeutung. Noch bedeutsamer daran ist, dass die Bewegung die Front National und ihre nationalistischen und rassistischen Parolen damit an den Rand drängen kann. Wenn einmal der Klassenkampf und Arbeiter_Innenforderungen wieder in den Mittelpunkt des politischen Lebens rücken, könnte eine Alternative für die Arbeiter_Innenklasse und die Jugend auf Grundlage eigenen Handelns und nicht als passive Unterstützung für erzopportunistische Führer_Innen entstehen, die nur darauf aus sind, den nächsten Verrat vorzubereiten.

- Weg mit der El Khomri-Reform, keine „*Nachbesserungen*“, sondern eine völlige Rücknahme des Projekts!
- Weg mit dem Ausnahmezustand! Ein Ende aller polizeilichen Brutalität gegen Muslime und Aktivist_Innen!
- Kein Euro, keine Person für die Armee und ihre imperialistischen Unternehmungen in Afrika und Nahost!
- Öffnung der Grenzen für alle Migrant_Innen und Flüchtlinge, nein zum Abbau des Lagers von Calais und der Vertreibung von Flüchtlingen!

Landgrabbing in Lateinamerika

In Entwicklungs- und Schwellenländern – wir sagen dazu Halbkolonien, da sie ökonomisch meist von einem imperialistischen Land beherrscht werden – findet sehr starke Ausbeutung und Unterdrückung an der dortigen Bevölkerung statt. Häufig ist es sehr schwer einen Arbeitsplatz zu finden, oder von diesem zu überleben. Viele Menschen sind daher auf die Landwirtschaft angewiesen. Meist um sich selbst zu ernähren, seltener um noch einen geringen Teil ihrer Waren an andere zu verkaufen. Alles, was diese Menschen besitzen, ist ein Stück Land, doch auch diese existenzielle Lebensgrundlage wird ihnen vielerorts genommen. Meist passiert dies durch ausländische Investor_Innen oder gar ganze Staaten. Viele Kapitalist_Innen aus Industriestaaten besitzen in Halbkolonien riesige Landflächen die einzig und allein dafür genutzt werden, um Waren zu produzieren und diese zurück in die Industrieländer zu exportieren.

VON LEONIE SCHMIDT

Natürlich geben die Bauern/Bäuerinnen die Fläche nicht freiwillig her. Manche bekommen tatsächlich auch Pacht bezahlt, allerdings meist in sehr kleinen Summen, wie z. B. drei Dollar pro Monat, von denen keinesfalls eine ganze Familie leben kann. Oft wird ihnen auch versprochen, dass ihr Dorf ein Krankenhaus oder eine Schule bekommt, im Gegenzug dafür, dass sie ihr Land hergeben. Doch dies bleiben meist nur Versprechungen und die Menschen haben nicht nur ihr Land verloren, sondern auch ihre Beschäftigung sowie die Lebensgrundlage ihrer Familien.

Manchmal kommt es jedoch noch schlimmer. An manchen Orten werden nicht einmal leere Versprechungen gemacht. Bauern und Bäuerinnen werden regelrecht von ihren Ländereien vertrieben, um Platz für internationale Investor_Innen zu machen. Kommt es hierbei zu Gegenwehr, wird kurzerhand die Ernte beschädigt oder man brennt die ganze Landfläche inklusive Wohnhaus nieder. Ist dies nicht genug, kann es auch zu körperlicher Gewalt bis hin zu Mord kommen, entscheiden sich die Bauern/Bäuerinnen nicht zur *„Korporation“*. All das fällt unter den Begriff *„Landgrabbing“*.

Soja – einer der vielen Gründe für arbeitslose Bauern/Bäuerinnen

Besonders gut lässt sich *„Landgrabbing“* am Beispiel der Sojabohne erklären. Die Sojabohne ist zurzeit ein Lebensmittel, das weltweit nachgefragt wird. Für viele ist es nicht nur gesund, sondern der Lebensmittelersatz schlecht hin. Zusätzlich wird Soja in der Fleischindustrie zu Tausenden Tonnen als Tierfutter verwendet. Doch an ihrem Vertrieb verdienen viele große Kapitale: z. B. Monsato, hinsichtlich des internationalen Handels, Bayer, hinsichtlich der Pestizide und Dünger, sowie Volvo, hinsichtlich der Produktion der landwirtschaftlich erforderlichen Geräte. Nicht zu vergessen sind Investmentbanken wie Goldman Sachs, die das *„Landgrabbing“* finanzieren oder durch Spekulationen auf Lebensmittel ihren Beitrag zur miserablen Lage leisten.



Alleine in der Savanne Cerrado in Brasilien lebten Mitte des 20. Jahrhunderts bis zu 50 indigene Völker, die heute der Produktion von Sojabohnen weichen mussten. Diese Savanne ist ungefähr 6-mal so groß wie Deutschland und besitzt das größte Ökosystem der Erde. Doch wenn so weiter gewirtschaftet wird wie bisher, wird 2030 von dieser Fläche nichts mehr übrig bleiben.

2007 haben in Brasilien durch Landraub 2,9 Millionen Menschen ihr Zuhause und ihre Existenz verloren, in Argentinien und Paraguay betraf es 150.000 bis 300.000 Familien. Diese blieben logischerweise nicht auf dem Land, sondern gingen in Hoffnung auf Arbeit in die Städte, um dort enttäuscht zu werden und in Armenvierteln zu leben.

Der deutsche Staat ist direkt involviert in diesen Landraub für Sojaproduktion, denn der Agrarfond der Deutschen Bank ist am argentinischen Konzern Cresud beteiligt, welcher viel Land in Südamerika zur Sojaproduktion besitzt.

Nicht alle geben auf – der Kampf um die Ackerfläche

Doch nicht alle Menschen in Südamerika lassen sich ihres rechtmäßigen Landes berauben. Sie geben nicht auf und wehren sich gegen diese meist illegale Enteignung ihrer Wirtschaftsflächen. Es gibt einige Initiativen wie zum Beispiel die brasilianische Landlosenbewegung MST, eine Massenorganisation, welche radikal für selbstbestimmte Wiederaneignung kämpft und unter anderem Felder besetzt und Großkundgebungen

durchführt. Ihre Anfänge sind in der späten Industrialisierung Brasiliens 1970 zu finden. Damals kämpfte man dafür, dass die Felder keinen Fabriken weichen mussten. Die MST hatte vor allem Anfang des 21. Jahrhunderts mit starken und gewaltsamen Repressionen seitens des Militärs und der Polizei zu kämpfen. Sie werden mittlerweile jedoch von der Regierung anerkannt. An der Durchsetzung ihrer Forderungen zur Rückgabe des Landes an sie hat das nicht viel geändert. Höchstens ein Drittel wurde zurückgegeben.

Doch nicht nur gewaltsame Niederschlagungen von Protesten sind in Südamerika gang und gäbe, viele der Aktivist_Innen werden wie zum Beispiel in Kolumbien auch einfach in überfüllte Gefängnisse gesperrt und warten dann unter unmenschlichen Zuständen auf ihre Entlassung. Mit bis zu 70 Menschen müssen sie sich die wenigen Quadratmeter für Monate teilen. Viele der Insassen werden nicht nur körperlich, sondern auch geistig krank. Einige leiden an Schizophrenie und Depressionen. Medizinische wie auch psychologische Hilfe wird ihnen nicht bereitgestellt.

Jeglicher Kampf gegen Landraub ist unserer Meinung nach legitim und unterstützenswert. Jedoch muss diesem Kampf auch eine Perspektive gegeben werden, welche nur im Bündnis mit der Arbeiter_innenklasse zu finden ist. Auch in halbkolonialen Ländern ist die Arbeiter_innenklasse durch ihre gesellschaftliche Stellung in der Lage die demokratischen wie auch sozialen Probleme der jeweiligen Länder zu lösen. Die Erfahrung der MST in Brasilien zeigt jedoch, dass ein solches Bündnis zwischen Bauern/Bäuerinnen und der Arbeiter_innenklasse auf revolutionäre Füße gestellt werden muss. Hat die Zusammenarbeit der MST mit der reformistischen Regierungspartei Partido dos Trabalhadores (PT), nicht zur Durchsetzung ihrer Ziele geführt. Eine solche Zusammenarbeit muss ein revolutionäres Programm zum Inhalt haben und nur in Verbindung mit der Theorie der *„Permanenten* Revolution“ (Verweis auf Artikel in der letzten Zeitung?) erfolgreich sein. Eine Theorie, welche die demokratischen Fragen und Probleme der Halbkolonien mit den sozialen Fragen und Probleme des Kapitalismus national wie auch international verknüpft und Antworten dafür bereithält.

Die wachsende Islamphobie

VON CHRIS ISYSPHOS-ROBOTCEK

Nachdem einige Länder auf der sogenannten Balkanroute, einer Fluchtroute durch Osteuropa, die Grenzen mit Zäunen abgeschirmt haben, sinken die Flüchtlingszahlen. Zuletzt hat Mazedonien an der Grenze zu Griechenland unter Protest der 11.000 eingeschlossenen Flüchtlinge einen Zaun errichtet und zieht damit nach Griechenland, Serbien und Ungarn bei der Abschottung des eigenen Landes nach. Die Innenminister verkündeten lauthals, die Flüchtlingszahlen sänken und die Lage entspanne sich zunehmend. Doch von Entspannung ist für die Geflüchteten in Deutschland nicht zusprechen. Neben den staatlichen Schikanen, wie Lebensmittelgutscheinen, schlechter Krankenversorgung und Lagerpflicht, wird in Deutschland der Ton gegenüber muslimischen Geflüchteten immer rauer.

Nachdem die rassistische Politik der Bundesregierung, die Rethorik der AfD sowie die Untätigkeit der deutschen Linken, die allgemeine Stimmung gegenüber den Geflüchteten immer weiter nach rechts drängten, sind die neusten Terrorattentate von Brüssel und Paris Wasser auf die Mühlen der Rassist_Innen. Die Anschläge der Fundamentalist_Innen werden als Beweis gewertet, dass die Flüchtlinge Unruhe nach Europa brächten und die geltenden Werte unterwandern würden.

Tatsächlich haben die Anschläge aber aufgezeigt, dass die Attentäter_Innen meist aus den jeweiligen Ländern kommen und sich Vorort radikalisiert haben. Perspektivlosigkeit hat sie häufig in die Hände radikaler Islamist_Innen gebracht, die als einzige Lösung für die soziale Krise die gewaltsame Einführung des *„politischen* Islams“ sehen.

Das führt die Rechnung der Rechtspopulist_Innen ad-ab-surdum, nach dem nun alle Araber_Innen Muslime seien und alle Muslime Terrorist_Innen. Rassist_Innen wollen nämlich an der Herkunft von Menschen ihre Eigenschaften und ihr Kulturverständnis festmachen. Da nun niemand seiner/ihre Herkunft wechseln kann, ist die Welt in klare Kategorien geteilt und läuft auf einen Wettstreit der Kulturen hinaus. Dabei fällt die AfD Thüringen auf, die eine *„Etablierung* einer Scharia-Paralleljustiz im Schatten islamischer Parallelgesellschaften” feststellt, der man entgegen wirken müsse. Die AfD versucht hierbei das Wort “Parallelgesellschaft” einzuführen, dass eine neue fremde Gesellschaft in der bereits existierenden beschriebt. So werden die mangelhafte Bereitstellung von Integrationsmöglichkeiten vonseiten des Staates uminterpretiert in den Slogan: “Die wollen sich ja nicht integrieren.” Mit dem Wort “Scharia-Paralleljustiz” wir angedeutet, das es so etwas schon gäbe neben der deutschen Justiz und es wird auf den politischen Islam verwiesen, als ob alle Muslime die Einführung der Scharia forderten.

Rassist_Innen bauen das Feindbild eines übergriffigen Islams auf, der mit Gewalt versuche die sog. “westlichen Werte” anzugreifen. Doch sie machen den Fehler die Weltreligion Islam mit dem Terror fundamentalistischer Islamist_Innen gleichzusetzen. Den fundamentalen Islamismus kennzeichnet im Wesentlichen, dass alle Bereiche des Lebens auf die Religion bezogen werden und man versucht religiöse Regeln auf den politischen und sozialen Bereich anzuwenden. Damit verbunden sind eine Unfehlbarkeit der islamischen Lehre und eine Ablehnung jeden anderen Glaubens. Wird nun diese Einstellung auf die Spitze getrieben, so ergibt sich eine Feindstellung gegen Demokratie und Andersgläubige, die schnell in Gewalt mündet. Die meisten Opfer des Islamismus sind Muslime aus anderen Glaubensrichtungen innerhalb des Islams. So lehnen die meisten religiösen Muslime die fundamentalistische Lehre ab, da Gewalt im moderaten Islam ebenso verpönt ist wie in vielen anderen Weltreligionen.

Wir stehen für das Recht auf religiöse Freiheit ein. Denn solange Religion privat bleibt, steht es niemanden zu ihn/sie aufgrund seiner/ihrer Denkweise zu diskriminieren. Den faschistischen Banden des IS oder anderen islamistischen Gruppierungen stellen wir uns aber aktiv entgegen. Hierzulande wollen wir durch unsere Mitarbeit in *„Jugend* gegen Rassismus“ den antimuslimischen Rassismus thematisieren. Dieser Spaltungsversuch zwischen unterschiedlichen Religionen und die damit verbundene Hetze können nur durch eine gemeinsame Einheitsfront aller Arbeiter_Innen, Linken, der Jugend sowie Migrant_Innen und Geflüchteten bekämpft werden. *„Jugend* gegen Rassismus“ stellt hierbei einen sehr guten und dynamischen Ansatzpunkt dar.

Wie weiter nach dem Aktionstag?

Am vorletzten Mai-Wochenende versammelten sich 50 antirassistische, zumeist jugendliche Aktivist_innen aus dem Bundesgebiet in Berlin. Rund einen Monat vorher hatte das Bündnis „*Jugend* gegen Rassismus“ deutschlandweit zu Streiks und Demonstrationen gegen Rassismus an Schulen, Universitäten und Ausbildungsstätten aufgerufen. Mehr als 8.000 Jugendliche waren in 16 Städten dem Aufruf, der sich gegen die rassistische Bewegung von AfD bis PEGIDA, aber auch den staatlichen Rassismus und die Asylgesetzverschärfungen der Regierung richtete, gefolgt.

VON JAQUELINE KATHERINA SINGH

Dieser Erfolg erklärt auch, warum sich neue Kräfte wie der Revolutionäre Jugendbund oder FOR Palestine sich Jugend gegen Rassismus angeschlossen haben. Andere Gruppen wie die linke Geflüchtetenorganisation sudanesischer Refugees (aus Hannover) haben Interesse an gemeinsamen Aktionen geäußert. Die Zersplitterung der antirassistischen Aktivitäten zu überwinden und zu einer bundesweiten, linken und antirassistischen Einheitsfront zusammenzuführen ist eines der zentralen Anliegen von Jugend gegen Rassismus.

Die politischen Beschlüsse der dritten Konferenz gehen diesen Weg nun konsequent weiter. So wurde beschlossen, lokal in Berlin (und wenn möglich darüber hinaus) zusammen mit den sudanesischen Geflüchteten eine Demonstration am 9. Juli gegen Abschiebungen zu organisieren. Hierfür versuchen wir nun in Berlin weitere Kräfte für diese Aktion zu gewinnen. Für die Großdemonstration unter dem Motto „*Aufstehen* gegen Rassismus“, die sich im Speziellen gegen das Erstarken der rassistischen „*Alternative* für Deutschland (AfD)“ richtet, will Jugend gegen Rassismus bundesweit aufrufen und die geplanten Massenmobilisierungen unterstützen. Es wird geplant, einen eigenen Jugendblock zu organisieren, welcher sich nicht nur gegen den Rassismus der AfD, sondern auch den des Staates und der Regierung richtet, der diesem auf der Straße und im Parlament anzutreffenden Rassismus eine antikapitalistische Perspektive entgegenstellt.

Der Höhepunkt der bisher beschlossenen Mobilisierungsphase soll ein bundesweiter Schul- und Unistreik am 29. September sein. Noch in diesem Schuljahr sollen dazu in ganz Deutschland Informationsveranstaltungen, Vollversammlungen und Diskussionen in die Bildungseinrichtungen getragen werden. So wollen wir nicht nur antirassistische Positionen verbreiten und „*Aufklärung*“ betreiben, sondern aus diesen Debatten sollen lokale Aktionskomitees in Schulen und Universitäten, aber auch in Betrieben entstehen.

Schwächen erkennen, um Stärken auszubauen

Trotz dieser vielversprechenden Beschlüsse sind uns die Schwächen von Jugend gegen Rassismus bewusst. Jugend gegen Rassismus ist vermutlich die Plattform im gesamten Bundesgebiet, die die weitestgehenden Forderungen aufstellt: Von vollen Staatsbürger_innenrechten für alle, die in Deutschland leben wollen, bis zum nötigen Aufbau von antirassistischen Selbstverteidigungsstrukturen schlägt Jugend gehen Rassismus einen stimmigen Forderungskatalog für den Aufbau einer antirassistischen Jugendbewegung vor. Verbunden werden diese antirassistischen Forderungen klar und deutlich mit sozialen Fragen, wie beispielsweise der Forderung nach Abschaffung der Lager bei gleichzeitigem massiven sozialen Wohnungsbau, finanziert durch die Besteuerung der großen Banken und Konzerne.

Während es Jugend gegen Rassismus nicht an guten Forderungen mangelt, ist es nach wie vor eine kleine Initiative. Dass dies im Vergleich zu anderen Initiativen kaum auffällt, liegt mehr an der Schwäche der gesamten Linken als an der Stärke von Jugend gegen Rassismus. Wir von REVOLUTION wollen diese Schwäche überwinden. Daher brachten wir erneut den Antrag ein, dass sich Jugend gegen Rassismus deutlich an Jugendorganisationen wie solid, die JuSos, die SDAJ, DIDF oder Ciwanên Azad, die Gewerkschaftsjugenden, sowie kleinere lokale linke Jugendgruppen wenden sollte, um sie aufzufordern, sich der Initiative anzuschließen.

Ebenfalls gehen wir nicht davon aus, dass Jugend gegen Rassismus einen Alleinvertretungsanspruch als bundesweite Plattform genießt. Wir wollen Jugend gegen Rassismus nicht als Fetisch anderen bundesweiten Bündnissen entgegenstellen, sondern zu einer möglichst starken gemeinsamen bundesweiten antirassistischen Bewegung kommen.

Wie geht's weiter an deiner Schule?

Während der Mobilisierung zum Schulstreik hin, hast du vielleicht gemerkt, dass an deiner Schule mehr geht als du gedacht hast oder hast Lust bekommen, mehr an deiner Schule zu machen.

Möglichkeiten gibt's viele und nach dem Streik ist es nicht vorbei. Im Rahmen von *„Jugend* gegen Rassismus" könntest du die Frage aufwerfen, woher Rassismus eigentlich kommt, warum so viele Unterrichtsinhalte eigentlich rassistisch sind und was man dagegen tun kann. Ansonsten gibt's mehr Themen als das Schuljahr Tage hat, die für Jugendliche relevant sind. Was ist beispielsweise mit den Jugendlichen in Frankreich, die auf die Straße gegangen sind? Oder was macht man gegen LehrerInnen oder MitschülerInnen, die diskriminierende Kommentare gegenüber anderen ablassen? Wie kann man verhindern dass die AfD oder die Bundeswehr an deine Schule kommt? Wie können wir MitschülerInnen verteidigen, die rassistischen Angriffen ausgesetzt sind?

Wenn du Bock hast, dass an deiner Schule was geht, und Unterstützung brauchst, dann schreib' uns einfach eine Mail und melde dich bei unserer Facebookseite! Zusammen können wir Flyer schreiben, dich unterstützen, Veranstaltungen durchzuführen und schauen, wie wir die Probleme, die es in deiner Schule oder Stadt gibt, zur Sprache bringen. Politik in die Schule zu tragen ist leichter als man denkt. Man muss nur erstmal damit anfangen!



Es gibt jedoch zwei gute Gründe, Jugend gegen Rassismus nicht einfach in Bündnissen wie *„Aufstehen* gegen Rassismus" aufzulösen, sondern sich Jugend gegen Rassismus anzuschließen. Die Initiative sticht mit entschlossenen Aktionsformen im Jugendbereich, insbesondere an Schulen, hervor, der von der radikalen Linken, geschweige denn den Reformist_innen, sonst kaum Beachtung findet. Jugend gegen Rassismus ist ein vielversprechendes Mittel, nicht nur um einzelne Großdemonstrationen zu organisieren, sondern auch tatsächlich eine durch Streikkomittees an der Basis verankerte Bewegung aufzubauen.

Zweitens ist Jugend gegen Rassismus ein guter Pol für Organisationen, die sich nicht nur dem Rassismus von PEGIDA und AfD, sondern auch ihren sozialen Wurzeln – dem Kapitalismus – entgegenstellen wollen. Jugend gegen Rassismus wirft beispielsweise im Gegensatz zu *„Aufstehen* gegen Rassismus" klare soziale Forderungen auf, greift auch den staatlichen Rassismus an und setzt ihm eine eigenständige politische Agenda gegenüber, die sich auf antiimperialistische Grundsätze und internationalistische Positionen stützt. Wer sich Jugend gegen Rassismus anschließt, stärkt nicht nur die antirassistische Bewegung, sondern auch den entschlossenen linken Flügel in ihr, der für die breitest mögliche Einheit bei der klarest möglichen Politik der Jugend- und ArbeiterInnenbewegung eintritt.

Abwesenheit des Reformismus, Konfusion des Zentrismus

Die Abwesenheit größerer reformistischer Jugendorganisationen ist ein Problem für Jugend gegen Rassismus, will es eine wahrhafte Einheitsfront im Jugendbereich werden. Es ist ein Problem, das sich in erster Linie aus der Passivität der reformistischen Organisationen ergibt, wenn es um gemeinsame Aktionen und den aktiven Aufbau einer Bewegung geht.

Revolutionä_innen können sich aber nicht damit begnügen, auf der einen Seite ebenso passive Kritik zu üben, ohne diese Organisationen zur praktischen Aktion aufzufordern. Genauso wenig dürfen sie ihre Kritik oder Positionen zurückstellen, weil die breite *„Masse"* noch nicht bereit für die Forderungen oder Aktionen wäre, wie Jugend gegen Rassismus sie vertritt bzw. organisiert. Die erste Position führt zu einem Minibündnis aus isolierten Kleingruppen. Die zweite Position führt zur Anpassung an den Reformismus, sowohl programmatisch als auch, was die Passivität in der Aktion angeht.

Dieses Schwanken zwischen Sektierertum und Opportunismus ist typisch für zentristische Organisationen, schwanken sie doch selbst immer wieder zwischen revolutionärer Rhetorik und der Anpassung an Spielarten des Reformismus. So stellten die Revolutionär Internationalistische Organisation (RIO) und die Revolutionär Kommunistische Jugend (RKJ) einer- sowie die Sozialistische Alternative Voran (SAV) andererseits zwei Spielarten des Zentrismus dar. Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) geht zwar soweit, sich lokal an manchen Aktionen im April beteiligt zu haben, und war auch mit einigen Jugendlichen am ersten Tag der Konferenz anwesend. Der Initiative wollten sie aber weiterhin nicht als bundesweite Organisation beitreten. Die Begründung sei, dass die Stimmung unter Jugendlichen noch nicht so weit sei und Jugend gegen Rassismus von oben herab versuchen würde, eine Bewegung zu erzwingen. Wie sozialistisch eine Alternative vorangebracht wird, musste dann die Konferenz der SAV zeigen. Sie selbst beschränkt sich auf's Hinterherlaufen.

Bei allen Differenzen, die wir mit RIO und der RKJ auf der Konferenz hatten, muss bemerkt werden, dass sie im Gegensatz zur SAV Jugend gegen Rassismus mit aufbauen. Ihre Vorschläge auf der Konferenz bestanden jedoch darin, eher den Schulterschluss mit kleinen *„radikalen"* Basisgruppen zu suchen und dies zu einem bundesweiten Schwerpunkt von Jugend gegen Rassismus zu machen. Großmobilisierungen anderer antirassistischer Bündnisse können zwar besucht werden, aber als Schwerpunkt sollen diese nicht angesehen werden.

Wir von REVOLUTION schlugen der Konferenz hingegen vor, sich als bundesweiten Schwerpunkt eine kritische Unterstützung dieser Großmobilisierungen zu geben. Der Zusammenschluss mit *„radikalen"* Basisgruppen kann vor Ort – wo möglich – verfolgt werden. Wir freuen uns daher, dass sich die Konferenz nach einer längeren Diskussion dazu entschloss, die Großmobilisierung am 03. September zu unterstützen. Nur so kann Jugend gegen Rassismus die Spaltung der Linken in der Aktion überwinden und gleichzeitig offen für seinen

Forderungskatalog eintreten sowie ihr Ziel – den Aufbau einer bundesweiten Jugendbewegung – voranbringen.

Mit ihrem Vorschlag bewiesen RIO/RKJ, dass sie nicht in der Lage sind, wirkungsvolle Taktiken gegenüber dem Reformismus anzuwenden. Für sie stellt ein eigenständiger Block von Jugend gegen Rassismus auf der *„Aufstehen* gegen Rassismus"-Demonstration bereits eine *„Anbiederung"* an den Reformismus dar. Dass dies jedoch ein notwendiger Schritt ist, um die Einheit in der Aktion herzustellen und um gleichzeitig die eigenen Positionen in die Großmobilisierungen einzubringen und somit die reformistischen Führungen unter Druck zu setzen, wollen sie nicht verstehen. Sie schlagen stattdessen praktische Passivität gegenüber dem Reformismus, gepaart mit radikaler Rhetorik, vor.

Ihr Vorschlag der Passivität gegenüber *„Aufstehen* gegen Rassismus" stellte eine interessante Gemeinsamkeit mit dem Vorschlag der SAV dar. Die SAV warnte Jugend gegen Rassismus davor, sich an der Demonstration zu beteiligen (auch wenn dies nicht per se ausgeschlossen wurde), da diese sehr undemokratisch und intransparent organisiert werden würde. Auch hier war der Vorschlag von durchschimmernder Passivität gegenüber dem Reformismus geprägt. Die SAV hat aber auch noch andere Gründe für das Aussprechen dieser *„Warnung"*. Sie fürchtet sich vor einem starken Block von Jugend gegen Rassismus auf der Demonstration. Je stärker Jugend gegen Rassismus auf dieser Demonstration vertreten sein wird, desto mehr steigt entweder die Wahrscheinlichkeit, dass der Druck ihrer eigenen Basis zunimmt, sich an Jugend gegen Rassismus zu beteiligen, oder solid ihren Beschluss des Bundeskongresses wahr macht und sich aktiv an Jugend gegen Rassismus beteiligt. Sektierertum und Opportunimus zeigen hier ihr wahres Gesicht: als zwei Seiten der gleichen Medaille, der zentristischen Passivität gegenüber dem Reformismus in Form von RIO/RKJ und der SAV.

Beides stellt ein prinzipienloses Verhalten dar und ist katastrophal für die Aktionseinheit. Würde vor allem die SAV aktiv bei Jugend gegen Rassismus mitwirken, würde sie nicht nur den sozialistischen Pol in der antirassistischen Bewegung stärken, auch die Chancen, solid als Ganzes für die Aktionseinheit zu gewinnen, wären ungemein größer. Und sollte sich solid anschließen, würden vermutlich auch Organisationen wie die SDAJ, Ciwanên Azad, DIDF etc. anhand der Dynamik sich ebenfalls anschließen müssen. Aber die SAV hat bisher zu große Angst, auf Tuchfühlung zu gehen, selbst eine aktive Rolle einzunehmen, selbst etwas aufzubauen. Sie begnügt sich bisher lieber damit zu sagen: wenn *„Jugend* gegen Rassismus sehr groß wird, werden wir uns natürlich auch anschließen." Wir können nur hoffen, dass die SAV mit diesem *„Voran* ihr Massen, wir folgen euch!"-Konzept bricht. Wir würden sie mit offenen Armen in der gemeinsamen Aktionseinheit begrüßen.

Wir haben etwas zu sagen, wir müssen etwas tun.

Wir haben eine so ausführliche Kritik verfasst, nicht weil wir uns besonders profilieren wollen. Wir glauben, dass es ungemein wichtig für unsere Bewegung ist, durch Kritik die gemeinsame Aktion besser, schlagfertiger und effektiver zu machen. Für uns verbindet sich Kritik eben auch immer mit der gemeinsamen Aktion für gemeinsame Ziele, wo sie existieren.

Wir wollen Jugend gegen Rassismus in den kommenden Aktionen weiter aufbauen. Wir werden auch weiterhin für eine breite antirassistische Aktionseinheit aller linken, gewerkschaftlichen und migrantischen Jugendorganisationen eintreten.

Wenn ihr sowohl etwas zu sagen habt wie etwas tun wollt, dann schließt euch Jugend gegen Rassismus an, mobilisiert gemeinsam mit uns für den 3. September nach Berlin und am 29. September bundesweit für Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen in euren Städten!

Berlin: Nakba-Tag-Demonstration

Anlässlich der Vertreibung von fast 1 Millionen PalästinenserInnen und der bis heute anhaltenden Besetzung ihrer Gebiete durch den Staat Israel, fand am vergangenem Sonntag eine Demonstration von einigen hundert Menschen statt. Da wir von REVOLUTION an diesem Wochenende eine Konferenz in Berlin hatten, beschlossen wir uns mit einem starken Kontingent von 40 GenossInnen zu beteiligen. Außerdem hielt unser Genosse Georg Ismael eine kämpferische Rede.

Wir kämpfen für eine Politik, die sich klar auf die Seite des palästinensischen Widerstandes stellt und diesem eine sozialistische und progressive Politik geben will. Unsere Perspektive ist der Aufbau einer ArbeiterInnen- und Jugendbewegung in den palästinensischen und israelischen Gebieten, die den Unterdrückerstaat Israel stürzen und ein befreites, säkulares und vereintes Palästina auf sozialistischer Grundlage erkämpfen kann. Nur so werden Muslime, Christen, Juden und Atheisten in Frieden und Freiheit gemeinsam leben können.

Auch wenn wir die Aktion als Erfolg ansehen finden wir es sehr negativ seitens der Schulen erst ein AfD-Mitglied einzuladen, dann die Schüler_Innen mit *„ihr* könnt sie ja in der Diskussion fertig machen" zu beruhigen und weiterhin keine zehn Minuten Diskussion einzuräumen. So wurde letztendlich einem Rassisten ein Podium gegeben, ohne dass Schüler_Innen selbst intensiv dagegen argumentieren konnten. So blieb leider kein Raum, um die AfD mit ihren rassistischen Äußerungen bezüglich der Silvestervorfälle zu konfrontieren, geschweige denn eine Perspektive aufzuzeigen.

Wir werden weiter *„Jugend* gegen Rassismus", ein antirassistisches Jugendbündnis, welches sich vor kurzem bundesweit gegründet hat, aufbauen und auch weiterhin Aktionen in dazu organisieren. Demnächst findet am 27. April ein bundesweiter Schulstreik statt. Wir rufen alle Jugendorganisationen dazu auf sich an den Aktionen zu beteiligen! Für eine Jugendbewegung gegen Rassismus und Sexismus!

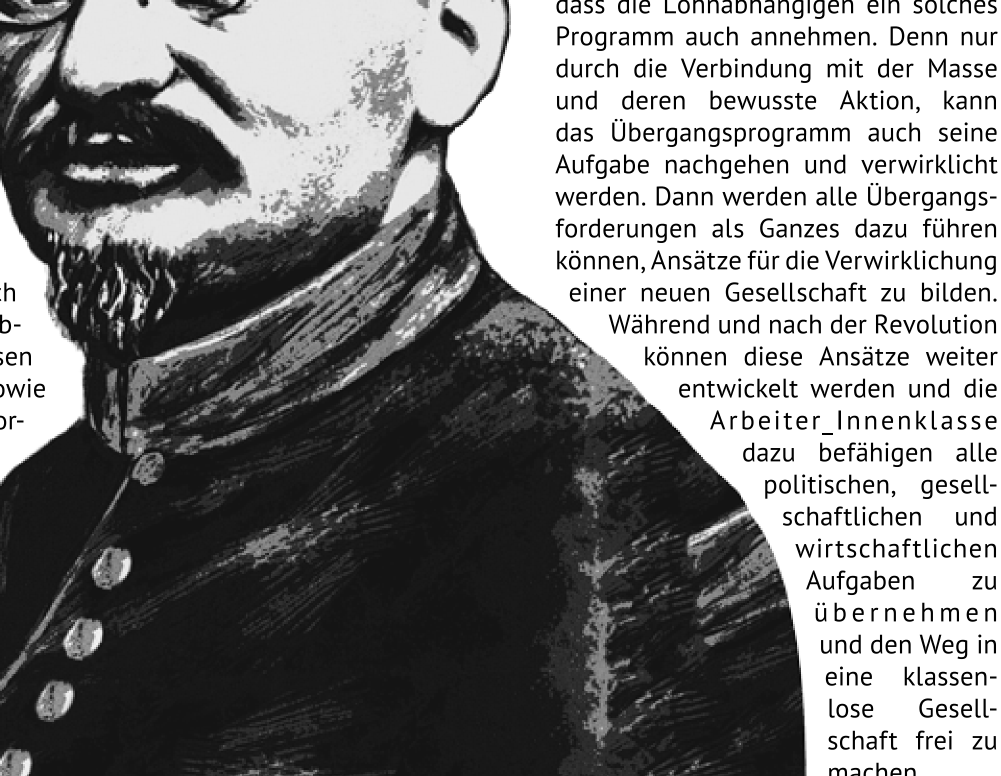
Fortsetzung von Seite 20 | Rückseite:

werden in einem starren Konzept für die bürgerliche Gesellschaft vorbereitet und nicht nur in *„Wissen“* sondern auch in der bürgerlichen Ideologie *„erzogen“*. Die Konkurrenz zwischen Schüler_Innen und die autoritär Unterordnung unter den Lehrkräften sind dabei unumgänglich. Forderungen nach mehr Lehrer_Innen, kleineren Klassen oder dem Abbau von Bildungsschranken, stellen für uns Minimalforderungen dar.

Was sind dann aber Übergangsforderungen an Bildungseinrichtungen? Ein Beispiel hierfür wäre die Forderung nach der Erarbeitung von Bildungsplänen in Bildungskomitees, welche aus Schüler_Innen, Eltern, Lehrer_Innen und Vertreter_Innen der Gewerkschaften gebildet werden. Solche Bildungskomitees würden entscheiden, wie gesellschaftlich nützliche Bildung aussehen könnte, anstatt vor allem den Kapitalisten zu nutzen, wie das Bachelor/Master System oder G8. Eine solche Forderung wäre prinzipiell möglich zu verwirklichen unter kapitalistischen Verhältnissen, greift jedoch einen Teil der Existenzbasis des Kapitalismus direkt an – die Entscheidungshoheit über den ideologischen und wissenschaftlichen Inhalt von Bildung. Die Forderung weißt damit über den Kapitalismus hinaus und bildet eine Brücke aus dem Hier und Jetzt in ein sozialistisches System und beschreibt, wie Bildung geplant und koordiniert werden kann, um der Mehrheit der Gesellschaft zu nutzen.

Zentral ist auch die Forderung nach Arbeiter_Innenkontrolle in den Fabriken. Die Arbeiter_Innen müssen über Gewinne und Verluste, sowie Investitionen, Verkauf, usw. informiert werden. Nur so können sie gegen ungerechtes Verhalten bezüglicher der Geschäftsleitung vorgehen. Diese Forderung stellt sich am klarsten, in Zeiten von Krisen, wo die Kapitalisten in der Logik ihres Systems mit Entlassungen und Fabrikschließungen reagieren. Noch wichtiger ist dabei aber, dass die Arbeiter_Innen Einblick in die Leitung eines Unternehmens bekommen. Nach einer Revolution sollen sie dadurch befähigt werden die Produktion mittels Arbeiter_Innenräte demokratisch zu verwalten. Die Kapitalisten sind damit überflüssig und können abgelöst werden, ohne, dass es nach der Enteignung einen Produktionseinbruch gibt.

Ein drittes Beispiel für eine Übergangsforderung ist die Forderung nach massenhaften und organisiertem Selbstschutz gegen Polizeiangriffe, Rassist_Innen und islamistische Milizen. Der Aufbau von eigenen Selbstverteidigungsstrukturen die zum Schutz von Demonstrationen, Veranstaltungen oder dem Abhalten von linken Konferenzen benutzt werden könnten, stellt das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates direkt infrage. Diese Frage ist aber nicht abstrakt und von tagespolitischen Auseinandersetzungen getrennt. Beispiele wo sich diese Frage quasi stündlich aufdrängt, ist die anhaltende Polizeigewalt in der gesamten Türkei, besonders auch die militärische Gewalt gegen die Autonomiebestrebungen der Kurd_Innen im Südosten des Landes. In Deutschland setzen anhaltende Angriffe auf Geflüchtete, deren Einrichtungen, sowie linke Aktivist_Innen und deren Infrastrukturen die Frage von Selbstverteidigung gegen die Welle rassistischer Gewalt ebenfalls auf die Tagesordnung.



Übergangsprogramm

Ein revolutionäres Programm nimmt somit als Ausgangslage seiner Analyse die reale Weltlage und die Situation der Klasse der Lohnabhängigen. Es darf keine vagen Versprechungen formulieren, sondern muss konkrete Ziele und eine Anleitung zum Handeln geben. Dafür sind Übergangsforderungen nötig, die die gesamten Kämpfen der Arbeiter_innenklasse und unterdrückten Schichten aus der Gegenwart mit dem Kampf um den Sozialismus verbinden. Ein Übergangsprogramm stellt das Gedächtnis, die Werkzeuge wie auch die Vorstellung darüber dar, wie eine andere Gesellschaft aufgebaut werden kann. Dabei verarbeitet es die Erfahrungen, die in den vergangenen Kämpfen gemacht wurden und wird dabei immer wieder in der Praxis getestet und weiterentwickelt. Ein solches Programm ist jedoch nicht viel wert, wenn es nur im Schrank steht. Es muss darum gekämpft werden, dass die Lohnabhängigen ein solches Programm auch annehmen. Denn nur durch die Verbindung mit der Masse und deren bewusste Aktion, kann das Übergangsprogramm auch seine Aufgabe nachgehen und verwirklicht werden. Dann werden alle Übergangsforderungen als Ganzes dazu führen können, Ansätze für die Verwirklichung einer neuen Gesellschaft zu bilden. Während und nach der Revolution können diese Ansätze weiter entwickelt werden und die Arbeiter_Innenklasse dazu befähigen alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben zu übernehmen und den Weg in eine klassenlose Gesellschaft frei zu machen.

REVOLUTION

Übergangsprogramm: Politisches Programm einer revolutionären Organisation

VON HENRY SCHMIDT

Für uns, setzt sich das Programm einer revolutionären Organisation aus Minimal-, Übergangs- und Maximalforderungen zusammen. Was genau diese Forderungen überhaupt sind, wieso ein Minimal-Maximal-Programm nicht ausreicht und was das Übergangsprogramm einer revolutionären Organisation ausmacht, ohne es zu einem Staubfänger im Schrank verkommen zu lassen, soll folgender Text klären.

Minimal- und Maximalforderungen – was ist das?

Minimalforderungen zielen auf die Durchsetzung von Reformen ab, die schon im Kapitalismus erkämpft werden können und damit nicht mit seinen Grundlagen, wie z.B. das Privateigentum, zusammenstoßen. Sie berühren die dringendsten Bedürfnisse der ausgebeuteten Massen. Beispiele dafür sind die Erhöhung der Löhne, mehr Geld für Bildung, mehr sozialen Wohnraum oder eine Gesundheitsfürsorge. Diese Forderungen sind wichtig, da sie die direkten Interessenskonflikte der Arbeiter_Innenklasse mit dem Kapital aufzeigen. Sie sollen als Ansatzpunkt verwendet werden, die Arbeiter_Innenklasse anhand dieser tagespolitischen Kämpfen zu organisieren, kleine Erfolge zu erzielen, sowie ein kollektives Bewusstsein als Klasse zu bilden.

Forderungen, die der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft dienen, werden Maximalforderungen genannt. Darunter gehören z.B. die entschädigungslose Enteignung der Industrie, der Banken und des Großgrundbesitzes, die Zerschlagung der Regierung und des bürgerlichen Staates, sowie der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Solche Forderungen haben in Zeiten bürgerlicher Stabilität keine direkte Bedeutung für die praktischen Klassenkämpf. Sie werden erst im Falle eines offenen Kampfes um die Macht relevant und sind daher auch in *„ruhigen“* Zeiten im Kapitalismus wichtig zu benennen, um ein Verständnis darüber innerhalb der Klasse zu entwickeln.

Minimal – Maximal – Programm

Es gibt Organisationen, die in tagespolitische Kämpfe eingreifen und den Kommunismus als ein fernes Endziel zwar benennen, die notwendigen Schritte dort hin jedoch übergeht. Wenn aber das Bindeglied zwischen beiden Arten von Forderungen fehlt, verkommt der Kommunismus als Vision ohne Bedeutung für die Alltagskämpfe. Die politische Praxis kann dann nur eine Reformistische sein. Diese Praxis verharrt bei dem derzeit Möglichen, anstatt den Unterdrückten den Weg vom Hier und Jetzt zum Sozialismus aufzuzeigen. Schlussendlich führt dies nicht zum Erreichen des Endziels *„Kommunismus“*, sondern dazu, dass sich die Klasse diesem Abwendet und das Vertrauen darin verliert. Organisationen welche sich ein solches Programm geben sind u.a. die Linkspartei, die DKP sowie die linksjugend [solid‘].

Für reformistische Organisationen besteht die Stütze ihrer Politik aus dem Parlament oder ihre Verbindungen dorthin. Sie richten daher ihre Politik maßgeblich auf das Erreichen einer Wähler_Innenmehrheit aus. Die Konzentration auf tagespolitische Themen, dass was derzeit möglich ist, ist somit unvermeidlich, möchten sie ihre Wähler_Innen nicht vergraulen oder ihre Privilegien verlieren.

Gleiches gilt für die reformistischen Gewerkschaften, wie den DGB, verdi, usw. Ihre Politik der Sozialpartnerschaft ist von der Gewerkschaftsbürokratie kontrolliert, die selbst kein Interesse daran hat, den Kapitalismus und damit ihre eigene privilegierte Stellung, in Frage zu stellen. Sie bringen dafür sogar Opfer, wie z.B. den Verzicht auf nötige Lohnerhöhungen.

Übergangsforderungen

Zentral für ein revolutionäres Programm sind Übergangsforderungen, die Minimal- und Maximalforderungen verknüpfen. Man kann heute schon für ihre Verwirklichung eintreten. Sie sind schon nicht mehr mit dem Kapitalismus vereinbar, gehen über ihn hinaus und weisen den Weg in eine kommunistische Gesellschaft. Ihnen gemein ist, dass sie nicht nur radikale Forderungen aufstellen, sondern direkt die herrschende Ideologie und Herrschaftsstrukturen in Frage stellen. Ein solches Programm verbindet heutige Tagesforderungen mit einer sozialistischen Perspektive. Sie bilden eine *„Brücke“* zwischen Minimal- und Maximalforderungen und lassen somit Maximalforderungen nicht als *„unrealisierbar“* erscheinen.

Für uns Schüler_Innen ist die Schule ein Ort des täglichen *„Kampfes“*. Wir

Weiter auf Seite 19